

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

46 (23.2.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Aus dem Inhalt:

Der Kardinalfehler des Kardinals Preysing
In einer Reihe mit Hitler, Mussolini und Franco
Amerikanische Arbeiter trotzten den Drohungen

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 38. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 49

Donnerstag, 23. Februar 1950

Preis 15 Pf.

Friedensgesellschaft ruft!

Zusammenfassung aller zur Erhaltung des Friedens

Mannheim. Die Deutsche Friedensgesellschaft, Bund der Kriegsgegner, Mannheim, teilt uns mit, daß sie an die Betriebsräte aller Mannheimer Großbetriebe, die Gewerkschaften, die kulturellen Organisationen und Sportverbände, die Vereinigung der Kriegsopfer, die Frauenverbände und Jugendorganisationen die Aufforderung zur Entsendung von Delegierten zu einer am Freitag, dem 3. März 1950, im Speisehaus Spatz, U 6, 8 stattfindenden Tagung, gesandt hat. Die Friedensgesellschaft hält sich verpflichtet, angesichts der wachsenden Kriegsgefahr die Kräfte zur Erhaltung des Friedens zusammenzufassen. Dem Zweck soll diese Tagung dienen.

Die Friedensgesellschaft weist in ihrer Einladung darauf hin, wie sehr die Welt durch das Treiben der Kriegsetzer und ihrer Provokationen im Zeitalter der Atomwissenschaft gefährdet ist. „Westdeutschland“, heißt es in dem Schreiben — „in erster Linie die Industriezentren am Rhein, also auch unsere Vaterstadt Mannheim“, wären die exponiertesten Punkte, wenn die Vernichtungswelle des dritten Weltkrieges losbrechen sollte.“

Zwanzig Jahre Zuchthaus

Die Sühne für den Mord des USA-Soldaten Bailey

Wetzlar. Der amerikanische Soldat Josef W. Bailey wurde von dem amerikanischen Militärgericht in Wetzlar zu 20 Jahren Zuchthaus und unehrenhafter Entlassung aus der amerikanischen Armee verurteilt. Bailey hatte am 6. Februar den Marburger Theologiestudenten Eberhard Greiffenhagen in Marburg erschossen. Der Student war der 36-jährigen Leni Antonetti zu Hilfe geeilt, die von Bailey belästigt worden war und um Hilfe gerufen hatte. Er starb, bevor er in die Universitätsklinik gebracht wurde.

Gewaltige Friedenskundgebung in Hagen

Einberufung des Landesfriedenskongresses für Nordrhein-Westfalen beschlossen

Hagen. (EB). Eine gewaltige Friedenskundgebung wurde in der Halle des Hasper-Hüttenwerkes durchgeführt. Die Kundgebung war einberufen von Hagenen Komitee der Kämpfer für den Frieden, dem neben Vertretern vieler Organisationen auch die der größten Betriebe der Stadt angehören. Der Höhepunkt dieser imposanten Friedens-Kundgebung war der Beschluß, auf den 23. April 1950 in Düsseldorf einen Landesfriedenskongress für Nordrhein-Westfalen einzuberufen.

Die Friedenskundgebung hat das Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland gebeten, die organisatorischen Vorarbeiten für diesen Kongress zu übernehmen. Zustimmungserklärungen liegen bereits vor. So vom vorläufigen Komitee der Kämpfer für den Frieden in Düsseldorf, das unter der Leitung des bekannten Musikers Kurt Dietrich steht.

In der angenehmen Entscheidung heißt es: „Die in Hagen-Haspe stattfindende Großkundgebung für den Frieden hat mit Empörung und Entrüstung von der Produktion von Kriegsmaterial im Lande Nordrhein-Westfalen erfahren. Sie wendet sich mit Leidenschaft gegen solche Kriegsproduk-

tion und gegen alle Bestrebungen, die Bevölkerung und besonders die Jugend, für den Krieg einzufangen. Wenn es schon wieder so weit ist, daß offen und versteckt für den Krieg geworben und produziert wird, ist es höchste Zeit, alle Kräfte zur Sicherung des Friedens einzuspannen. Nur im Vereinsein liegt Kraft!“

Der Krieg kann verhindert werden
Im Mittelpunkt der Kundgebung stand eine mitreißende Rede des Düsseldorfer Ingenieurs Hans Beyerlein. „Der Krieg ist kein Naturereignis, sondern durch Menschen organisiert. Er kann auch von Menschen verhindert werden“, rief er aus.

Sein Vertreter, der Sportlehrer Dr. Schlegel, erhielt 6 Jahre Zuchthaus.

Gorilla im Porzellanladen
Brüssel. In einem der Geschäftsviertel Brüssels wurden am Dienstag die Passanten durch einen ausgewachsenen Gorilla in Angst und Schrecken versetzt. Der 8-jährige Menschenaffe Patiki war aus einem Variété, wo er seine Künste zeigte, ausgebrochen und ging seelenruhig in der Innenstadt spazieren. Zu einer regelrechten Panik kam es, als der Gorilla eine Dame umarmte, die ihre Aufmerksamkeit dem Schaufenster eines Möbelgeschäftes gewidmet hatte. Patiki versuchte, der Dame die Schuhe ausziehen, und veranlaßte damit die Passanten zu einer wilden Flucht. Angstschreie ertönten, eine Frau fiel in Ohnmacht, und Regenschirme und Handtaschen blieben zurück. Acht Polizisten eilten herbei und wollten Patiki wieder in Gewahrsam nehmen, der sich jedoch in einen Porzellanladen zurückzog. Der Inhaber bot ihm einen Stuhl an. Patiki setzte sich und amüsierte sich mit einem Bleistift und Papier. Auch dem eilig herbeigerufenen Wärter gelang es nicht, den Gorilla dingfest zu machen. Patiki floh aus dem Geschäft und zerbrach dabei ein Teeservice. Nach halbstündiger Jagd in den Straßen Brüssels schien sich Patiki genügend amüsiert zu haben und kehrte allein in das Variété zurück. (Reuter)

Amerikanisches Jagdflugzeug abgestürzt
Wiesbaden. Ein amerikanisches Jagdflugzeug stürzte bei Balkhausen, etwa 2,5 Kilometer südsüdlich von Darmstadt, auf bisher ungeklärter Ursache ab. Der Pilot fand dabei den Tod. Die Maschine befand sich mit drei anderen Flugzeugen auf einem Übungs-Formationsflug.

Hamburgs Hafentarbeiter auf der Wacht

Friedenskomitee gebildet — Beispielgebender Beschluß: Hamburg darf kein Umschlagplatz für Kriegsmaterial werden

Hamburg. (EB) Aus den verstärkten Remilitarisierungsversuchen und der planmäßig betriebenen Eingliederung Westdeutschlands in die Kriegsvorbereitungen erwächst den Hamburger Hafentarbeitern die Verpflichtung, scharf darüber zu wachen, daß der Hamburger Hafen nicht zum Waffenumschlagplatz der imperialistischen Kriegstreiber wird. So erklärten die Hamburger Hafentarbeiter in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung, die am Sonntag im St. Pauli-Theater stattfand. Sie nahmen eine Entschließung an, in der es heißt, daß sie sich mit den Beschlüssen der französischen und italienischen Hafentarbeiter solidarisieren und jede Verladung von Kriegsmaterial ablehnen. Sie erkennen, daß der Frieden nicht mit leeren Reden, sondern nur durch die Tat gesichert werden kann. Die Versammlung beschloß die Bildung eines Friedenskomitees, das die Verbindung der Hamburger Hafentarbeiter mit allen um den Frieden kämpfenden Organisationen aufnehmen soll.

In dieser Versammlung zeigte sich, welchen Widerhall die Aufforderung Max Reimanns zur Eingliederung in die kämpfende Weltfriedensfront gefunden hat. Es sprachen der Hamburger Hafentarbeiter Henry Frieve, der Bürgerschaftsabgeordnete Fiete Dettmann und der Landesvorsitzende der KPD Hamburg, Wilh. Prinz. Die Tatsache, daß die französischen Hafentarbeiter von Nizza Kriegsmaterial, das zur Unterdrückung des vietnamesischen Volkes bestimmt war, ins Meer geworfen haben, wurde von allen Anwesenden stürmisch begrüßt. Unter großem Beifall erklärte Wilhelm Prinz: Wenn August Bebel heute noch leben würde, wäre er nicht wie der Hamburger Oberbürgermeister Brauer nach Amerika gefahren und hätte dort erklärt, daß er das letzte Dorf, den letzten Kreis in einem kommenden Kriege verteidigen werde, sondern er wäre in die Deutsche Demokratische Republik gefahren und hätte dort mit dem ersten Arbeiterpräsidenten Wilhelm Pieck und mit den Hafentarbeitern von Wismar und Rostock über die Sicherung des Friedens gesprochen. Die Versammelten sahen in der Erklärung Trümans, den Bau von Wasserstoff-

bomben freizugeben, und in den beginnenden Waffenlieferungen an die Atlantikpaktteilnehmer alarmierende Anzeichen für die wachsenden Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Kräfte. Um so begeisterter begrüßten sie die Beschlüsse der ausländischen Hafentarbeiter, Kriegsmaterial nicht zu verladen und zu löschen. Diese leuchtenden Beispiele, aus denen hervorgeht, daß die friedliebenden Menschen in allen Ländern gewillt sind, den Kriegstreibern das Handwerk zu legen, betrachten auch die Hamburger Hafentarbeiter als Ansporn und Verpflichtung.

USA brechen diplomatische Beziehungen zu Bulgarien ab
Sofia. (EB) Die USA-Regierung hat nach einer Reuter-Meldung die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik Bulgarien abgebrochen. Wie ein Sprecher des USA-Außenministeriums mitteilte, wurde der bulgarische Geschäftsträger in Washington von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt.

Die Arbeiter der Pariser Auto-Industrie im Streik

CGT zum Generalsstreik entschlossen

Paris. Die Streikbewegung in Paris, die am Montag in den Renault-Automobilwerken begann, hat sich weiter ausgedehnt. Bis zum Dienstagabend hat praktisch die gesamte Belegschaft dieses verstaatlichten Großbetriebs (37 000 Arbeiter) die Arbeit niedergelegt. Zuvor hatten sich in einer Urabstimmung etwa 80 Proz. der Belegschaft für den unbegrenzten Streik ausgesprochen. Dem Ausstand haben sich ferner 1200 Arbeiter des Rosengart-Werkes angeschlossen. Über 4000 Arbeiter der Ford-Werke streiken bereits seit etwa einer Woche. Bei Sulzer, Aster und Hotchkiss liegen ebenfalls Streikbeschlüsse vor.

Ein junger Sprecher, der im zweiten Weltkrieg die Hand verlor, begrüßte unter begeistertem Beifall den entschlossenen Kampf der Hafentarbeiter an der Atlantik- und Mittelmeerküste gegen die Verschiffung von Kriegsmaterial und Truppen. Die Jugend rief er auf, ihren Friedenswillen durch eine möglichst große Teilnahme am Pfingsttreffen der FDJ unter Beweis zu stellen.

Die ganze Kundgebung stand unter dem Eindruck der Begrüßungsworte ihres Leiters, Jansen: „Uns wird vorgeworfen, unsere Friedensbewegung sei von Kommunisten beeinflusst. Wenn das so wäre, wäre das eine hohe Ehre für die Kommunisten und wir hätten allen Grund, ihnen dankbar zu sein, daß sie uns an diese, unsere größte Aufgabe, erinnern. Mit uns müssen alle Menschen kämpfen, ohne Rücksicht auf ihre Weltanschauung und politische Gesinnung. Die Atombombe ist auch nicht protestantisch oder katholisch, sozialdemokratisch oder kommunistisch. Durch aktiven, gemeinsamen Kampf müssen wir verhindern, daß sie auf Menschen abgeworfen werden kann.“

Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend in Essen

Ein Meilenstein der Jugend zum Deutschlandtreffen in Berlin

Berlin. (EB) Vom Sekretariat des Zentralbüros der Freien Deutschen Jugend wird uns geschrieben: Am 25. und 26. Februar tagt in Essen die Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend. Die Tagung ist eine wichtige Angelegenheit für die gesamte Jugend Westdeutschlands. Sie wird die weitere Arbeit der FDJ für die Interessen der jungen Generation bestimmen.

Die Funktionäre der Freien Deutschen Jugend werden dort den Nachweis bringen, daß die Jugend Westdeutschlands immer deutlicher die Pläne der Kriegstreiber erkennt und bereit ist, diese Pläne zu vereiteln. Der Kampf der fortschrittlichen Jugend gegen koloniale Abhängigkeit und Remilitarisierung, gegen Kriegsetzer und Fremdenlegion, gegen Arbeitsdienst und Arbeitslosigkeit wird diese Tagung kennzeichnen. Sie zeigt die Wünsche und das Wollen der ganzen deutschen Jugend nach Frieden und Einheit unseres Vaterlandes, einer glücklichen Zukunft und den Weg der Verwirklichung dieser Ziele.

Deshalb steht im Mittelpunkt der Essener Konferenz die Beratung über das Deutschlandtreffen der Jugend und die Diskussion des „Aktionsprogramms der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland.“

Das Deutschlandtreffen der Jugend Pfingsten 1950 in Berlin wird eine gewaltige Demonstration für Frieden, Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands werden. Nur in einem friedlichen, einheitlichen Deutschland aber ist eine glückliche Zukunft der

In Urabstimmungen haben die meisten Arbeiter der genannten Werke die 5prozentige Lohnerhöhung abgelehnt, die ihnen von den Arbeitgebern angeboten worden war. Die Arbeiter fordern außer einem monatlichen Zuschlag von 3000 Franc eine weit beträchtlichere Lohnerhöhung.

Am Dienstagabend erörterten die Führer der französischen Gewerkschaften in Paris die Lage, die sich aus den erfolglosen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern entwickelte. Es wird damit gerechnet, daß sich die Streikbewegung weiter ausdehnt und auch auf das Verkehrswesen sowie auf die Gas- und Elektrizitätswerke übergreift.

Der große französische Gewerkschaftsverband CGT tritt für einen sofortigen Generalsstreik in der Metallindustrie ein. Die reformistische Splittergewerkschaft Force Ouvriere mußte sich unter dem Druck der Arbeiter den Maßnahmen des CGT gegen die Unternehmer anschließen. In den übrigen Industrien der französischen Hauptstadt laufen gleichfalls Lohnverhandlungen. Im Bausektor lehnten die Unternehmer die Vorschläge der Gewerkschaften auf Lohnerhöhung ab. Es ist damit zu rechnen, daß es im Pariser Bausektor zum Streik kommen wird.

Falls die Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium scheitern, werden die Pariser U-Bahn- und Autobusangestellten zu Kampfhandlungen schreiten.

„Es gibt keine Garantie der Sicherheit; diese hat es im ganzen Verlauf der Geschichte der Menschheit noch nicht gegeben und wird es auch niemals geben.“

Aus diesem Bekenntnis, daß die Zukunft der Menschheit leugnet, geht hervor, daß alle Vorschläge der Imperialisten zur Kontrolle der Atomenergie und der Abrüstung unaufrecht waren und nur propagandistischen Zwecken dienen sollten. Ein solches Bekenntnis konnte nur der verfallenden bürgerlichen Ideologie entspringen. Weil die Imperialisten immer deutlicher spüren, daß sie am Frieden

Gerhard Eisler antwortet

Das Telegramm des Genossen Gerhard Eisler an den Parteivorstand der KPD, Max Reimann, lautet:

Liebe und teure Genossen!
Vielen Dank für Eure herzlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstag.

Unser Getrenntsein kann und darf nicht mehr lange dauern. Die Arbeiterklasse wird und muß einig sein in ganz Deutschland.

Die Partei der Arbeiterklasse wird und muß einig sein in ganz Deutschland.

Das deutsche Volk wird und muß einig sein, um Deutschland zu erretten von den anglo-amerikanischen Imperialisten und ihren deutschen Agenten.

Die anglo-amerikanischen Imperialisten werden dorthin gehen, woher sie gekommen sind und ihre Agenten mitnehmen. Aber das einheitliche demokratische und friedliche Deutschland wird kämpfen, so wie das chinesische Volk gekämpft hat.

Wir werden Euch helfen in diesem großen Kampf um die nationale Freiheit Deutschlands und Ihr helft uns. Jeder wird an seinem Posten seine Pflicht der Arbeiterklasse und der Nation gegenüber erfüllen. Das gelobe ich als Antwort auf Eure herzlichen Grüße.

Euer Genosse Gerhard Eisler

Die Pariser Kleingewerbetreibenden und Einzelhändler protestierten gegen die Steuererhöhungen der Regierung Bidault.

Die französischen Arbeiter, Kleingewerbetreibenden, der ganze Mittelstand kämpfen um ihre Existenz, die von Tag zu Tag mehr eingengt wird. Der Kampf trägt wirtschaftlichen und sozialen Charakter, doch kommt ihm höchste politische Bedeutung zu, weil ja die Politik der Regierung Bidault insbesondere die Kosten für den „schmutzigen Krieg“ in Indochina das allgemeine Absinken der Lebenshaltung in Frankreich verursachen. (Nach Reuter und AFP)

Trotz Verbot tagte Zentral-Komitee der KP Columbiens

Berlin. (EB) Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Columbiens hat allen Verboten und Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung zum Trotz kürzlich eine Tagung abgehalten, auf der das Eintreten für die Erhaltung des Friedens und der Kampf gegen den Krieg als die Hauptaufgabe der Parteiarbeit bezeichnet wurden. Im Rahmen dieser Aufgabe sei auf innerparteilichem Gebiete die Schaffung einer umfassenden Widerstandsbewegung gegen das diktatorische Regime des Staatspräsidenten Perez die wichtigste an die Partei zu stellende Forderung.

Imperialisten leugnen Zukunft der Menschheit

Der große Physiker Albert Einstein ertrotzt zum Dank dafür, daß er gegen die Gefahr der Vernichtung der Erde durch die Wasserstoff-Bombe zur Vernunft mahnt, wütende Kommentare in der reaktionären amerikanischen Presse. Ein Satz aus einem solchen Kommentar der „New York Herald Tribune“ vom 15. 2. 1950 verdient festgehalten zu werden. Er lautet:

„Wir Marxisten-Leninisten aber wissen, daß das Nebeneinanderexistieren des Imperialismus und des Sozialismus nicht zum Krieg zu führen braucht, es sei denn, daß ihn die Imperialisten vom Zaune brechen. Wir wissen aber auch, daß ein langer Friede die Garantie für den Sieg des Sozialismus bedeutet. Wir wissen, daß die Menschheit eine großartige Zukunft vor sich hat, und daß die eigentliche Geschichte der Menschheit erst beginnt, nachdem der Imperialismus vernichtet ist und weder Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, noch Krise und Kriegsgefahr die Menschheit mehr davon abhalten, sich in stürmischem Tempo höher zu entwickeln. Weil wir diese Gewißheit in uns tragen, sind wir die Träger der Zukunft. Deshalb verkörpern wir die Hoffnung aller Menschen, die sich für sich und ihre Kinder nach Frieden, Glück und Wohlstand sehnen.“

Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend in Essen

Kundgebung in Essen werden neben Vertretern ausländischer Jugendorganisationen auch Max Reimann, das Ehrenmitglied der Freien Deutschen Jugend, sprechen.

Das Hauptreferat der Konferenz selbst wird Erich Honecker, der erste Vorsitzende der Freien Deutschen Jugend, halten.

So wird die Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend alle Delegierten anregen, in ihren Einheiten noch intensiver und umfassender für das Deutschlandtreffen zu werden. Auch für die in der Zeit vom 15. Februar bis 30. März stattfindenden Neuwahlen wird die Konferenz den Delegierten der Gruppen und Kreise das notwendige Rüstzeug geben. Also wird die Westkonferenz für die gesamte Jugend in ihrem Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands von großer Bedeutung sein.

Die Konferenz in Essen ist ein Meilenstein der Jugend auf dem Wege zum Deutschlandtreffen in Berlin!

Im Streiflicht gesehen

Vater mit sieben Kindern im Feuer umgekommen

Addison (Michigan/USA). Der Vater einer Bauernfamilie in Addison (USA) und seine sieben Kinder kamen in der Nacht zu Dienstag bei einem Brand ihrer Farm ums Leben. Nur die Mutter konnte sich mit Brandwunden und Verletzungen aus den Flammen retten.

„Heldenrolle“ Skorzenys Schwindel

Hamburg. (nach dpa) Die „Heldenrolle“ Skorzenys bei der Mussolini-Befreiung auf dem Gran Sasso erweist sich als Schwindel. Jetzt hat erneut einer der beteiligten Fallschirmjäger über die damals von der Nazipresse groß aufgemachte „Skorzeny-Tat“ berichtet. Danach wurde Skorzeny zwar bei der Aktion mitgenommen, aber er sprang weder mit einem Fallschirm ab, wie seinerzeit behauptet wurde, noch hatte er irgend einen anderen Anteil an der Aktion, als die beteiligten Soldaten der Kompanie vom 1. Bataillon des Fallschirmregiments sieben. Seine von ihm unter Berufung auf einen angeblichen Befehl Himmlers ertrötete Mitnahme bei der Aktion hätte fast zum Mißlingen geführt. Allerdings hat Skorzeny später Mussolini nach Deutschland begleitet. Er erhielt für diese „Tat“ das Ritterkreuz „für die größte Lüge seines Lebens“, wie der Berichtstatter schreibt.

Milde Strafen für Mörder und Gefangenenschinder

Leeuwarden. (Reuter) Der Deutsche Erich Kronberger wurde von einem Sondergericht in Leeuwarden zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kronberger war während des Krieges Leiter des SD-Gefängnisses in Heerenveen (Friesland). Er wurde der Gefangenemißhandlung und der Anordnung von Todesurteilen schuldig befunden.

Kardinal-Fehler des Kardinals Preysing

Berlin. (EB). Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union und stellvertretende Ministerpräsident, Otto Nuschke, weist in der „Neuen Zeitung“ die antideutsche und provokatorische Haltung, die der katholische Bischof von Berlin, Kardinal Preysing, zur Frage der Nationalen Front in einem Rundschreiben an die ihm unterstellten Priester eingenommen hat, scharfsten zurück. Wir entnehmen aus dem Artikel Otto Nuschkes das folgende: „Der Brief des Kardinals zeigt den Vertreter der katholischen Kirche kritiklos an der Seite der westlichen Propaganda. Das Programm der Nationalen Front hat sich an alle Deutschen, die guten Willens sind, gewandt. In der Nationalen Front wirken die Vertreter aller Parteien, Weltanschauungen und Massen-Organisationen mit. Hervorragende Katholiken befinden sich in leitenden Stellen.“

In der Deutschen Demokratischen Republik denkt niemand in den leitenden Stellen an einen Kulturkampf. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat den Kirchen sowohl wie dem einzelnen Bürger ein größeres Maß an Rechten eingeräumt, als es bisher in den Länder-Verfassungen der Fall war. Warum spricht aber der Herr Kardinal kein Wort der Kritik aus gegen die Politik der Spaltung Deutschlands, die in London diktiert wurde? Warum sagt er kein Wort gegen die Vorenthaltung eines Friedens für Deutschland durch die Westmächte und das von ihnen verordnete Besatzungsstatut?

Nicht die leiseste Kritik wird an der völkerrechtswidrigen Herauslösung des Ruhrreviers aus dem deutschen Wirtschaftskörper laut. Nicht einmal eine Mahnung an den französischen Imperialismus, deutsche junge Menschen nicht in Fremdenlegionen zu pressen und sie zu Zehntausenden in den Sümpfen von Vietnam oder in Nordafrika umkommen zu lassen, vernehmen wir aus dem Munde des Kardinals. Dagegen ruft die Nationale Front die Solidarität der Kulturwelt, insbesondere auch der Christen, zum Einspruch auf, wie sie sich eben zum Wortführer aller schlechthin nationalen Forderungen und Proteste macht. Wenn die Kirche hier schweigt, wo es sich doch auch um ihre Anliegen handeln sollte, muß die Nationale Front um so vernichtender sprechen. Aber hier liegt der Kardinalfehler des Herrn Kardinals. Er sieht die Dinge ausschließlich westlich an und vermeidet es, auch nur ein Wortchen über Dinge zu sagen, die etwa das Stirnrund der Hohen Kommissare auf dem Petersberg hervorrufen könnten.

Adenauers General-Konsul in USA

Natürlich ist so ein Konsul-Pöschchen nicht zu verachten, und der alte Reaktionär Schlangenschwanz hat es gerne angenommen. Haben denn die rechten Führer der „konstruktiven Oppositionspartei“ so ein Pöschchen nicht verdient? Sie waren doch überall dabei. Ob Marshallplan, ob Besatzungs- und Ruhrstatut — allen haben sie zugestimmt, und nun soll keiner von ihnen General-Konsul in USA sein? „Der Telegraf“, der immer so aktiv an der Spitze des antikommunistischen Feldzugs steht, Berlin als „Frontstadt im kalten Kriege“ proklamiert und der „Luftbrücke“ zjubelt, platzt vor Aerger. Weil ihm die Felle davongeschwommen sind, schreibt er am 15. Februar mit einer für ihn seltenen Wahrheitsliebe:

„Konsuln sind keine Missionschefs. Sie können weder, noch dürfen sie mit den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind verhandeln... Unter den jetzt für die Westzonen gegebenen Verhältnissen erscheint es zweifelhaft, ob der Konsul bei der Ausstellung eines Reisepasses behilflich sein darf. Da noch kein Friede mit Deutschland abgeschlossen ist, ist er auch heute noch die jure ein „Feind“. Wenn keine neuen Abmachungen getroffen werden, dürfen die deutschen Konsuln in ihrem, ausländischen Arbeitsgebiet kein Radio und keinen Fotoapparat haben. Sie mehr als drei Kilometer von ihrem Wohnort zu entfernen, ist ihnen ebenfalls verboten, und wenn sie eine Landkarte besitzen, die ein Gebiet von mehr als 30 Kilometer Umkreis um ihre möblierten Zimmer darstellt, können sie von der Geheimpolizei verhaftet werden.“

Und wenn einer der rechten SPD-Führer dies Konsul-Pöschchen bekommen hätte?

Immerhin, die zutreffende Charakterisierung der Diplomatie des „souveränen“ Separatstaates Adenauers sollte aber auch den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären zu denken geben.

Unser Sieg: daß sie lügen müssen

Der Druck durch die öffentliche Meinung bringt diese Herren (Churchill und Truman, d. Red.) zum Sprechen...

Demagogie? Zweifellos. Die Tatsachen sprechen für sich, ohne daß es nötig ist, die lügenhaften Anspielungen von Truman oder Churchill zu widerlegen, in denen behauptet wird, die Sowjetunion wäre für die gegenwärtige Lage verantwortlich. Wenn die Verantwortung der Sowjetunion erwiesen wäre, würde sich Truman und Churchill nicht der Mühe unterziehen, sich in den Augen ihrer Wähler zu rechtfertigen. Noch mehr, wenn die Völker nicht klar sehen würden, daß die Sowjetunion für die gegenwärtige Lage nicht verantwortlich ist, würden sich Truman und Churchill nicht verpflichtet fühlen, Demagogie zu betreiben, um ihre kriegerischen Absichten zu verschleiern. Wenn der Krieg, den sie vorbereiten, ein gerechter Krieg wäre, wenn es sich, wie sie vorgeben, darum handeln würde, ein System der „Verteidigung“ aufzubauen, dann hätten sie die Völker auf ihrer Seite. Dann hätten sie es nicht nötig zu lügen.

Die Wahrheit ist aber die, daß es selbst unter den vom „Westen“ gefälschten Bedingungen der „Demokratie“ schwierig ist, sich wählen zu lassen, wenn man seinen Wählern nicht die Hoffnung gibt, daß man etwas zu Gunsten des Friedens tun will. Die Tatsache, daß die Herren Truman und Churchill sie zwingen sind, zu lügen, ist schon ein Sieg der Friedenskämpfer und ihrer unermüdlichen Tätigkeit, die sie so lange fortsetzen müssen, bis die Verwirklichung der Pläne der Kriegstreiber unmöglich geworden ist.

Pierre Courtade in der „Humanité“

Amerikanische Arbeiter trotz den Drohungen

Ihr proletarisches Selbstbewußtsein wächst

Aus den USA, aus denen wir oft unerfreuliche Nachrichten erhalten, kommen in diesen Tagen Berichte, die die Herzen der Arbeiter höher schlagen lassen. Vierhunderttausend Bergarbeiter ließen sich trotz des Eingreifens der Regierung nicht davon abhalten, ihren gerechten Lohnstreik fortzusetzen. Mit Meldungen darüber, daß die Kohlenvorräte zur Neige gehen, versuchten die amerikanischen Imperialisten in der Bevölkerung eine Stimmung vorzubereiten, die die Verkündung des „Nationalen Notstandes“ rechtfertigen sollte. Präsident Truman, der seine Präsidentschaft vor allem den Millionen Arbeitern verdankt, denen er die Beseitigung des arbeiterfeindlichen Taft-Hartley-Gesetzes versprochen, wollte den Bergarbeitern eben mit Hilfe dieses Gesetzes das Streikrecht nehmen. Er wollte die Arbeiter dazu zwingen, zu den alten Lohnbedingungen für 80 Tage, staatlich verpflichtet, zur Arbeit zurückzukehren und in der Zwischenzeit eine Kommission einsetzen, die die Rechtslage überprüfen soll und die, wie die Erfahrungen der Vergangenheit bewiesen, unter dem Deckmantel der „Neutralität“ stets eine Entscheidung zugunsten der Unternehmer, deren Instrument sie ist, fällt. Den Gewerkschaften wird für den Fall, daß es ihnen nicht gelingt, die Arbeiter zur Ar-

beit zu zwingen, eine hohe Geldstrafe auferlegt.

Gestützt auf die Solidarität der Arbeiter aus anderen Berufen, die den Bergarbeitern Lebensmittellieferungen zukommen lassen, konnten es die Bergarbeiter wagen, dem Taft-Hartley-Gesetz zu trotzen. Vor allem dem „Daily Worker“, dem Blatt der zahlenmäßig zwar schwachen, aber in ihrem Widerstandesgeist so großen amerikanischen Kommunisten fällt das Verdienst zu, alle Arbeiter, unabhängig von ihrer politischen Auffassung, zur Solidarität aufzurufen.

Wie schon in früheren Fällen, in denen das Taft-Hartley-Gesetz zur Anwendung kam, ist es mit Terror-Maßnahmen gegen die Arbeiter begleitet. Sogar die reaktionäre „New York Herald Tribune“ mußte am 15. Februar melden, daß in Pennsylvania zwei streikende Bergarbeiter von der Polizei verletzt wurden. Doch im großen und ganzen herrscht eine ziemliche Unsicherheit in den Kreisen vor, die sonst sehr schnell arbeiterfeindliche Handlungen befürworten. Dies spiegelt sich in der „New York Herald Tribune“ vom 14. Februar in folgenden Worten wieder:

„Es war noch nicht klar, welche Schritte von der Regierung unternommen werden sollen, für den Fall, daß die Bergarbeiter

dem Befehl des Bundesgerichtes trotzten sollten, dessen Pflicht es ist, dem Befehl Gehorung zu verschaffen. Ein Beamter sagte, daß mindestens für den Augenblick keine Handlungen unternommen werden sollen, die ohnehin schon erhitzte Situation noch mehr entzünden könnten.“

Einen treffenden Kommentar zu diesem Streik schrieb auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, am 15. Februar 1950:

„Die amerikanischen Bergarbeiter sind der Aufforderung von John Lewis, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht gefolgt. Weder der Präsident der Vereinigten Staaten, noch der Vorsitzende ihrer Gewerkschaft, so erklärten sie, könne sie zwingen, zu arbeiten, bevor nicht neue Verträge mit den Unternehmern abgeschlossen seien. Noch will niemand daran glauben, daß der Aufstand der Hunderttausende gleichzeitig sich zum Aufstand gegen den allmächtigen Boß Lewis ausgewachsen haben soll. Zu unumschränkt hat dieser bisher herrschen können, und mit beispielhafter Disziplin waren die Arbeiter über und unter Tage stets den Anordnungen des Mannes gefolgt, dessen Bild im Heim jeder Bergarbeiterfamilie einen Ehrenplatz einnimmt. Sollten, des langen, bisher so erfolglosen Kampfes müde, nun

die Bergarbeiter gegen dessen Anordnungen revoltiert haben, oder ist die Nichtbefolgung des Befehls einer der vielen Schachzüge des Boß, der heimlich dazu die Parole ausgab?“

Die Frage, ob es beim Bergarbeiter-Streik um einen klugen Schachzug der reaktionären Gewerkschaftsführung handelt, die zwar der Mißstimmung der Bergarbeiter Rechnung trägt, aber dennoch das Heft in der Hand behält, oder ob die Bergarbeiter ihre Gewerkschaftsführung zu einem Schritt zwingen konnten, den diese vermeiden wollte, ist eine der entscheidendsten Fragen dieses Streiks.

Wie die Verhältnisse auch immer liegen, bedeutet der amerikanische Bergarbeiterstreik objektiv eine Unterstützung der Weltfriedensfront. Denn jede Tonne Kohle, die in den USA nicht gefördert wird und infolgedessen nicht in den Dienst der Kriegsvorbereitungen gestellt werden kann, stärkt das Lager des Friedens. Die Bedeutung des Streiks für die amerikanische Arbeiterklasse hängt davon ab, ob es im Verlauf dieser Kämpfe gelingt, das Bewußtsein in die amerikanische Arbeiterklasse hineinzutragen, daß der Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne zugleich mit dem Kampf gegen das imperialistische System verbunden ist, das den Arbeitern wesentliche Bürgerrechte vorenthält. Wenn dieses Bewußtsein gestärkt wird, dann wird der Bergarbeiterstreik für die amerikanischen Arbeiter einen Sieg bedeuten, ganz unabhängig davon, welche wirtschaftlichen Forderungen sie durchsetzen können. F. U.

In einer Reihe mit Hitler, Mussolini und Franco

Dr. Dehler, der Rechtfertiger Hitlers Kriegspolitik läßt die Katze aus dem Sack

Mannheim. (BV) Der Bonner Justizminister Dr. Dehler hat es auf ein Verbot der KPD in Westdeutschland abgesehen, wenn er in einem Interview in Berlin erklärte, daß eine der ersten Aufgaben des Verfassungsgerichtshofes sein werde, über die Verfassungsmäßigkeit der KPD zu entscheiden. Daß sich der Justizminister der Regierung des Separatstaates mit diesem Gedanken trägt, ist zwar eine Ungeheuerlichkeit, aber sie kommt nicht einmal überraschend, nachdem Dr. Dehler erst vor kurzem den nachträglichen Rechtfertigungsversuch für das Hitler-System und dessen Kriegspolitik unternommen hat.

Dr. Dehler hat die Katze aus dem Sack gelassen. Daran ändert nichts, daß, wie ein „Sprecher des Bundesjustizministeriums“ erklärte, es sich nur um dessen „persönliche Auffassung“ handle.

In Bonn wird der Kurs der Remilitarisierung und Faschisierung Westdeutschlands gesteuert. Daß die Justiz bereits genau so wie in der Weimarer Republik zum Schrittmacher der Reaktion im Bundesstaat geworden ist, beweist das Skandalurteil im Hedler-Prozeß. Die Remer, Otts und Feitenhagen gedenken unter den Fittichen der Bonner Regierung und ihrer Justiz aber gegen die KPD brütet man über Verbotsspläne.

Dr. Dehlers Aeußerung ist nicht das Einzige, was in diese Richtung weist. Die geplanten Änderungen des Strafgesetzbuches durch Dr. Dehler und das Staatsschutzgesetz Dr. Schumachers liegen auf derselben Linie.

Die Absichten sind klar. Der Kampf der Kommunistischen Partei um die Demokratisierung und Einheit Deutschlands gegen die Kriegstreiber und für den Frieden paßt nicht in die Konzeption der von den westlichen Alliierten abhängigen Volksverderber. Man glaubt, wenn es gelingen werde, die KPD in die Illegalität zu drängen, den Plänen des anglo-amerikanischen Imperialismus für den dritten Weltkrieg ungehemmt dienen zu können.

Die erste Tat aller faschistischen Diktaturen, in Deutschland, Italien, Spanien wie in Japan, war das Verbot der Kommunistischen Partei. Damit leiteten diese aber nur den allgemeinen Angriff auf die Bevölkerung ein, um die Voraussetzung für die reibungslose Durchführung ihrer für die Menschheit so folgenschweren Kriegspolitik zu schaffen. Der Bundesjustizminister Dehler stellt sich mit seiner verkündeten Absicht in eine Reihe mit Hitler, Mussolini und Franco.

Das gegen die KPD geplante Attentat muß alle friedliebenden und demokratischen Deutschen auf den Plan rufen und in Kampfstellung zur Regierung des Separatstaates bringen, der die KPD sagt man und das ganze Volk soll getroffen werden.

Gute Aussichten

Gute Aussichten, Leiter des Amtes für Verfassungsschutz zu werden, haben z. B. der Generalmajor von Gehlen und Herr Behnke, der ein Fachmann für Rechtsfragen im Stabe Canaris war.

Was das für ein Stab gewesen ist, der Stab Canaris? Seine Spezialität im deutschen Generalstab in den Jahren der Weimarer Repu-

blik war die Gegenspionage und — der geheime Bau von Einheiten (nämlich von U-Booten) einer neuen Flotte des deutschen Imperialismus. Bauplatz war das faschistische Spanien.

Die Canaris-Leute sind wirklich die richtigen für wichtige Funktionen in der Adenauer-Regierung, genau so wie die von Manneff die richtigen Berater bei der Aufstellung von Plänen zur Remilitarisierung von Westdeutschland sind. Und was soll nun der Arbeitsbereich dieser Leute sein? Der „Verfassungsschutz“. Denn ein Mann aus ihren Kreisen hat die größten Chancen Leiter des „Amtes für Verfassungsschutz“ zu werden. Das hat Eingeweihte in Bonn dazu veranlaßt zu erklären, das neue Amt sollte nicht mehr als neue Gestapo bezeichnet werden, sondern als die neue „Admiral-Canaris-Abteilung“.

Die neue „Admiral-Canaris-Abteilung“ als „Verfassungsschutz“, die Hedler freigesprochen und auf das Volk losgelassen. Das sind gute Aussichten für die schwärzeste Reaktion in Deutschland und überall dort, wo der Imperialismus herrscht, wo der neue Raubkrieg vorbereitet wird. Gute Aussichten auf eine glückliche, weil friedliche Zukunft, wird das Volk sich eröffnen, wenn es durch die Rechnung der Reaktion einen dik-

Massenprotest gegen Klassenjustiz

Prozeß gegen Detmolder „Volks-Echo“ und VVN muß verhindert werden

Bielefeld. (Eig. Ber.) Die Bielefelder Werktätigen haben in einer scharfen Protestschleife den Justizminister von Lippe-Detmold gewarnt, den geplanten Prozeß gegen die Redaktion der KPD-Zeitung „Volks-Echo“ und die VVN einzuleiten.

In der gemeinsamen Entschließung aller Bielefelder Werktätigen heißt es, daß sie zu den scharfen gewerkschaftlichen Mitteln greifen würden, falls der Justizminister es zum Prozeß kommen lassen würde. Sie fordern zugleich, daß der reaktionäre Klassen-Justizminister verschwinden muß.

Die Redakteure der KPD-Zeitung hatten bekanntlich die Werktätigen von Bielefeld aufgefodert gegen das Schandurteil von Neumünster zu protestieren. Dieser Aufforderung hatte sich auch die VVN angeschlossen.

DDR feiert den Tag der Sowjet-Armee

Berlin. (EB) In den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik wird des 23. Februar als des Tages der Sowjetarmee gedacht. In allen Orten, in denen sich sowjetische Ehrenfriedhöfe befinden, werden Kränze niedergelegt.

Hauptträger dieser Gedenkfeiern ist die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft.

Ausbau der Messestadt Leipzig

Leipzig. (Eig. Ber.) Die Messestadt hat ihre Bautätigkeit erfolgreich fortgesetzt. Die Messe-Gäste werden von dem verbesserten Stadtbild überrascht. Augenfällig sind die Bauernfolge in der Innenstadt, wo vor allem

ken Strich macht, indem es erbittert kämpft gegen die Kriegsbrandstifter und so den Frieden verteidigt.

22 Tote in Eritrea

Asmara. Die nationalen Spannungen in Eritrea werden größer. Wieder kamen 22 Personen in Auseinandersetzungen ums Leben. 67 wurden verletzt. Anhänger Abessinien warfen in der Ortschaft Ambaderho drei Handgranaten in eine Moslem-Procession, wobei diese große Zahl der Opfer gefordert wurde. Bei Ueberführung der Toten nach Asmara kam es auch dort in den Vorstädten zu Auseinandersetzungen. Britische Truppen, unterstützt von Panzern, wurden eingesetzt. (Nach Reuter)

Unmenschliche Quälereien

New York. Die Sowjetunion forderte die UNO auf, gegen die unmenschlichen Quälereien einzuschreiten, denen alle griechischen, politischen Gefangenen auf der Insel Makronisosa ausgesetzt sind. Der sowjetische Delegierte, Jakob Malik, hat den Protest seiner Regierung an UNO-Generalsekretär Trygve Lie und den Vorsitzenden der Generalversammlung, General Carlos Romulo, übergeben. (Nach Reuter)

Pressestimmen

„Eine solche Auffassung hätte gestattet, Hitler zu entnazifizieren“

Was Herrn McCloy betrifft, der so weit geht, die Tatsachen, die Hedler vorgeworfen werden, in Zweifel zu ziehen, so hat dieser erklärt: „Der vom Gericht ausgesprochene Freispruch bedeutet wenig. Es genügt, daß die öffentliche Meinung Hedler verurteilt.“ Eine solche Auffassung hätte gestattet, Hitler selbst zu entnazifizieren. Humanité, Paris

Amerikaner in Berlin

„von banger Stimmung ergriffen“

Eine bange Stimmung, wie sie vorhanden war, bevor die „Luftbrücke“ eingerichtet wurde, hat erneut die Amerikaner in Berlin ergriffen. Deutsche in der russischen Zone lachen die Amerikaner aus, die zuerst Vollmacht gaben, von dem Gebäude der Reichsbahn Besitz zu ergreifen und dann ihren Befehl zurückzogen, sobald die Russen mit einer kleinen Eisenbahn-Blockade drohten. Ostberliner malen Parolen mit den Worten „Go home“ an amerikanische Gebäude, und die Russen benutzen diesen Zwischenfall in ihrem Propagandispiel, um zu beweisen, daß die USA tatsächlich schwach sind, wenn sie auch versuchen, stark zu erscheinen. Die Westberliner sind über Nacht außerordentlich kritisch in Bezug auf die Amerikaner geworden, nachdem diese nach einem kurzen Scharmützel mit den Russen zurückgewichen sind. Sie befürchten, daß dies zu einem weiteren amerikanischen Rückzug aus Berlin führen könnte, zu einem Zeitpunkt, zu dem es mit dem Geschäftsleben der Stadt immer mehr bergab geht. US News and World Reports

Große Erfolge friedlichen Aufbaus in der Sowjetunion

Die neu veröffentlichten Zahlen und Tatsachen über die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft im Jahre 1949 vermitteln — obwohl in manchen Einzelheiten etwas dürftig — ein ziemlich gutes Bild über den erzielten Fortschritt. Die Zahlen, die am meisten beeindruckend, beziehen sich auf die Landwirtschaft. Die Getreideerzeugung hat das Soll von 1950 — 128 Millionen Tonnen — nahezu erreicht, was viel mehr ist, als die SU in den Vorkriegsjahren produzierte, und was ausreicht, um einen großen Exportüberschuß zu erzielen. Von der rationellen Organisation der Viehhaltung zeugen die 120 000 neuen Zuchtstationen, die

den Kolchosen und Sowchosen angegliedert wurden. Lenin hatte in den zwanziger Jahren ausgerufen: „Hätte ich nur 100 000 Traktoren für die russische Landwirtschaft!“ Jetzt erfüllt man, daß im Jahre 1949 allein 150 000 neue Traktoren neben Tausenden von anderen landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen hergestellt wurden. Aus den Zahlen über die RSFSR, d. h. das eigentliche Rußland, ist ersichtlich, daß die Bauernschaft durch den großen 15-Jahresplan gegen die Dürre sicherer stark beeindruckt wurde. Der Plan für 1949 ist mit fast 200 Prozent übererfüllt worden. Im Wolgabiet, wo die Dürre eine steigende Gefahr darstellte, haben die Bauern mit besonders großer Begeisterung die Aufforderung begonnen. In der Industrie wurden praktisch alle Pläne für 1949 erfüllt und gewöhnlich um 30 Prozent und mehr überschritten. New Statesman and Nation, London

Ein Drittel der Bevölkerung Westdeutschlands unterernährt

Die Rede des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy, die er letzten Montag in Stuttgart hielt, war eine leuchtende Moralpredigt. Was er darin sagte, würde viel mehr Eindruck machen, wenn die Vereinigten Staaten nicht für die Wiedereinsetzung der alten Garde der Monopolisten und für eine Politik der „freien Initiative“ verantwortlich wären, die mithilft, gerade die Probleme zu schaffen, über die Mr. McCloy jetzt beunruhigt ist. Ein Korrespondent in Düsseldorf, der Zugang zu allen Unterlagen und Statistiken in bezug auf die Lebenshaltung der Arbeiter hat, schreibt, daß heute zwischen sechs und sieben Millionen Menschen in Westdeutschland — Arbeitslose, Kurzarbeiter und Sozialrentner mit ihren Familien — sich kein Fleisch leisten oder genug Milch und Margarine kaufen können. Weiterhin waren ungefähr 2 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger als 150 Westmark im Monat betragt. Wenn sie Kinder haben, wird es ihnen fast genau so wie den Arbeitslosen gehen. Nimmt man diese beiden Menschengruppen zusammen, so ergibt sich, daß ungefähr ein Drittel der Bevölkerung Westdeutschlands unernährt ist. Dennoch redet man in Regierungskreisen in Bonn davon, die „Soziallasten“ zu erleichtern, worunter man die Kürzung der Arbeitslosen- und Sozialrenten und der Pensionen an Kriegsversehrte versteht. New Statesman and Nation, London



„Mit einem solchen Titel müssen wir doch einen hervorlocken können! Er braucht ja nur den General zu spielen — die Informationen gebe ich!“

Fordert die Herausgabe der Gefallenenkartei!

Die Zeitung „Neues Deutschland“ bringt in ihrer Ausgabe vom 19. Februar einen neuen Beweis dafür, das den Amerikanern im April 1945 die Gefallenenkartei in die Hände gefallen ist. Darunter befanden sich eine Million Totmeldungen, deren Angehörigen nicht benachrichtigt worden waren.

Diese Kartei ist von den Amerikanern bis heute noch nicht veröffentlicht worden. Immer noch sind Millionen Menschen im Ungewissen über das Schicksal ihrer Angehörigen. Sie werden in Unwissenheit gehalten, weil gewissenlose Kriegshetze mit ihren toten Angehörigen noch politische Geschäfte machen wollen. „Neues Deutschland“ schreibt:

„In unserer Redaktion erschien Frau Lieselotte Marquardt aus Berlin-Friedrichshagen, Waldowstraße 10, und übergab uns die folgenden Aufzeichnungen, die von außerordentlicher Bedeutung für Millionen von Menschen — vor allem für Hunderttausende von Frauen, Müttern und Bräuten — sind, deren Angehörigen aus dem Hitlerkrieg nicht mehr wiederkehrten.“

Ich wurde im September 1941 als ehemalige Verkäuferin zur Wehrmacht dienstverpflichtet und in der „Wehrmachtsauskunftsstelle“ über Kriegsgefangene und Kriegerverluste eingesetzt. Die „Auskunftsstelle“ befand sich in Berlin-Schöneberg, Hohenstaufenstraße. Zuletzt waren in ihr etwa 2500 Mitarbeiter beschäftigt.

Sämtliche Verlustmeldungen der Wehrmacht — also des Heeres, der Marine und der Luftwaffe — gingen hier ein und wurden statistisch erfaßt. Sie wurden täglich in Verlustlisten zusammengestellt und in siebenfacher Ausfertigung an die übergeordnete Dienststelle weitergegeben.

Das Herz der „Auskunftsstelle“ bildete eine ungeheure Kartei sämtlicher Wehrmachtangehöriger, der die Truppen-Stammrollenauszüge zu Grunde lagen. Unter anderem waren darin die Erkennungsmarkennummer, die Einsatztruppenteile und die Ausfälle vermerkt. Ich arbeitete zunächst im Referat II, Lazarettmeldungen.

Als die Verluste stiegen

Anfangs erreichten die Verlustmeldungen die Dienststelle regelmäßig. Ein Wandel trat nach der Schlacht um Stalingrad ein, als die Zeit der „erfolgreichen Absetzbewegungen“ und der „Frontbegräbnisse“ begann. Die Verluste steigerten sich ins Unermeßliche, vor allem auch die Ausfälle infolge Entkräftung. Von den Soldaten, die damals von ihren Truppenteilen zurückgelassen werden mußten, ist ein außerordentlich hoher Prozentsatz nicht mehr lebend in Gefangenschaft geraten, sondern zuvor verunglückt.

Auf Grund der sich steigenden amerikanischen Bombenangriffe auf Berlin wurde für den 20. August 1943 die Verlegung der gesamten Dienststelle nach Thüringen befohlen, und zwar nach Meiningen und Saalfeld.

Noch während des Umzuges wurde die Hohenstaufenstraße in Berlin bombardiert. Dabei sind erstmalig wertvolle Listen und anderes aufschlußreiches Material verbrannt. Diese Tatsache hatte zur Folge, daß des öfteren Soldaten für tot erklärt wurden, die gar nicht tot waren. Wesentlich zahlreicher aber waren die Fälle, in denen die Totmeldungen auf dem Wege zur „Auskunftsstelle“ in Verlust geraten waren, so daß eine Benachrichtigung der Angehörigen nicht erfolgen konnte.

Verluste, die nie geklärt werden können

In Saalfeld wurde die ordnungsgemäße Kontrolle der Verluste durch das sich ständig vergrößere Chaos an den Fronten unsagbar erschwert. Ich arbeitete damals im Referat „Statistik“. Bis zu meinem Ausscheiden aus dieser Abteilung Mitte 1944 wurden ungefähr 2,5 Millionen Tote und etwa 5 Millionen Verwundete gezählt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Verlustmeldungen nur noch unvollständig nach Saalfeld gelangten. Fronttruppenteile wurden vollständig aufgerieben, ganze Einheiten verschwanden spurlos, und die Verlustlisten der Truppen fehlen teilweise auf ihrem Wege nach Saalfeld durch Bombeneinwirkung aus.

Besonders schwer war es, die Verluste bei der Marine, vor allem im U-Bootsverkehr, beispielsweise von der Krim nach Odessa, von Afrika nach Italien oder von Leningrad nach Stettin zu erfassen. Wohl war in den einzelnen Fällen zu schätzen,

wie viele Menschenleben annähernd bei dem Untergang eines solchen Schiffes oder eine Fähre vernichtet wurden. Doch wer kannte die Namen, wer die Truppenteile der ums Leben Gekommenen?

Benachrichtigung auf „höheren Befehl“ gestoppt

Auf „höheren Befehl“ wurden auch schon frühzeitig aus „besonderen Anlässen“ die Benachrichtigungen der Angehörigen gefallener Deutscher gestoppt. Solche Anlässe waren beispielsweise die enormen Verluste bei Stalingrad, bei Orel im August 1943 und bei der „Winteroffensive“ im Westen vom 16. Dezember 1944, der sogenannten „Ardenennen-Offensive“.

Mit dem Heranrücken der Alliierten wurden die Arbeitsmöglichkeiten bei der Auskunftsstelle immer schwieriger. Die Verlustmeldungen, sofern sie unsere Dienststelle noch erreichten, häuften sich derartig, daß Stauungen in der Benachrichtigung der Angehörigen eintraten.

Am Ostersonntag 1945 hatten die Amerikaner Saalfeld erobert. In Saalfeld herrschte fieberhafte Aufregung. Man erwartete die Amerikaner dort bereits für den folgenden Dienstag. In der Nacht vom 1. zum 2. Osterfesttag bekamen einige Offiziere und Beamte Befehl, wichtige Akten, statistisches Material und Listen sofort zu verbrennen. In fieberhafter Eile wurde dieses Material von nachts 4 Uhr bis morgens 11 Uhr in den großen Müllkästen der Kasernen verbrannt.

Als am 12. April 1945, um 17.15 Uhr, die amerikanischen Panzer vor die Saalfelder

Verschwenderisch — auf deutsche Kosten

Die Westberliner Zeitung „Kurier“ übernahm aus Overseas News Agency eine Beschreibung des Mehlemer Schlosses bei Bonn, dessen 150 Räume gerade renoviert werden. Das Schloß soll Mitgliedern aus dem Stabe Mc Cloys als Hauptquartier dienen. In der Schilderung heißt es unter anderem:

„Noch nie haben die Amerikaner ein solches Hauptquartier besessen wie dies.“

Die Innenausstattung aus Leder und Marmor, die etwa 500 000 DM kostet, ist vielleicht nicht gerade der Gipfel an überwältigender Größe oder ausserordentlichem Geschmack, aber sie ist sicher die verschwenderischste, die es bisher gegeben hat. Knie-tief werden die Mitarbeiter Mc Cloys in die weichen Teppiche einsinken; sie werden an Schreibtischen arbeiten, die aus den ausserlesensten Hölzern gearbeitet sind und sich auf gepolsterten, mit ungefarbtem Kalbleder bezogenen Stühlen zurücklehnen können.

Das Privatquartier des Hohen Kommissars muß man gesehen und berührt haben, ehe man es glauben kann. Es ist nicht nur mit den gleichen dicken grauen Teppichen ausgelegt wie die anderen Räume auch, mit üppigen Vorhängen und kostbaren Büromöbeln ausgestattet; es enthält vor allem einen riesigen Konferenzstisch, der mit dem feinsten Leder wie mit Pergament bezogen ist. Die luxuriösen Wildlederstühle um den Tisch sind in eindrucksvollem Nachtblau gehalten.

Der stellvertretende Hohe Kommissar, Generalmajor George Hays, z. B. wird an einem massiven Schreibtisch mit wildlederbezogener Tischplatte sitzen. Diejenigen, die an den Besprechungen im großen Konferenzsaal teilnehmen, werden von dem Leuchten eines Kristallkronleuchters förmlich geblendet. Der Eingang zum Schloß ist in teurem italienischem Marmor gehalten.

General Hays Privathaus liegt auf einem bewaldeten Gut und wurde ebenfalls völlig

Kasernen rollten, wehte über dem großen Block die Fahne des Roten Kreuzes. Wir wurden interniert.

Amis lassen die Kartei „verschwinden“

Am 20. April wurden wir aus der Kaserne ausgewiesen, die Abteilungsleiter inhaftiert. Die Amerikaner verhandelten mit ihnen wegen der Übergabe der Kartei. Wenig später wurde ein Teil der ehemaligen Angestellten zurückgerufen. Es waren die politisch, d. h. nazistisch, „Zuverlässigsten.“

Am 1. Juli zogen sich die Amerikaner aus Thüringen und damit auch aus Saalfeld

zurück. Mit einem Teil der Angestellten nahmen sie auch die gesamte Kartei mit sämtlichen Unterlagen und Gerätschaften mit sich und transportierten alles zunächst nach Kassel. Sie versuchten, diese so wichtigen und aufschlußreichen Unterlagen in Vergessenheit zu bringen.

Als ihnen das nicht gelang, wollten sie den Wert der Kartei in der deutschen Öffentlichkeit herabmindern. Aber die Kartei ist für alle Deutschen, die bisher vergeblich auf ein Lebenszeichen ihrer verschollenen Angehörigen gewartet haben, von unschätzbarem Wert.

losigkeit der damit zusammenhängenden antisowjetischen Hetze bewiesen werden kann. Die Freigabe der Gefallenenkartei würde einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Frieden der Völker bedeuten.“

Soweit die Schilderung von Frau Marquardt, die dreieinhalb Jahre an der Gefallenenkartei gearbeitet hat. „Neues Deutschland“ knüpft an diese Schilderung folgende Schlussfolgerungen an:

1. Die Amerikaner sind im Besitz der Kartei der ehemaligen „Wehrmachtsauskunftsstelle“ über Kriegsgefangene und Kriegerverluste.“

2. In dieser Kartei sind Unterlagen enthalten, die über den Verbleib von etwa einer Million deutscher Soldaten Aufklärung geben könnten.

3. Die Amerikaner verbergen diese Kartei bewußt und lassen Millionen Menschen im Ungewissen.

Das ist der nun auch durch eine genaue Kennerin der Kartei bestätigte Tatbestand. Was bezwecken die Amerikaner mit dieser Handlungsweise? Es ist so offenkundig, daß Frau Marquardt selbst es bereits andeutete:

Die amerikanischen Imperialisten wollen uns Deutsche glauben machen, in der Sowjetunion seien Hunderttausende deutscher Gefangener „verschwinden“, damit wir Deutsche — so in Zorn und Empörung versetzt — noch einmal gegen die Sowjetunion marschieren. Das, was Hitler mit der Verheimlichung großer Zahlen Gefallener bezweckte — die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft und damit die Verlängerung des Krieges gegen die Sowjetunion — hat seine Fortsetzung in der USA-Politik der weiteren Verheimlichung der Gefallenenlisten mit dem gleichen Ziel gefunden: Schaffung der nötigen Bereitschaft zum von den USA gewünschten dritten Weltkrieg.

Es ist klar, daß wir dieses Manöver mit den Gefühlen und dem Schmerz von Millionen Menschen nicht stillschweigend hinnehmen können. Es gibt diese Kartei — also muß ihre Herausgabe erzwungen werden. Nur eine Volksbewegung kann sie erzwingen, die mächtige Bewegung des von den Amerikanern betrogenen, empörten, friedliebenden Volkes: Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands.

Deshalb rufen wir an Hand des bestehenden unwiderlegbaren Berichtes alle Menschen auf: Fordert die Herausgabe der Gefallenenkartei! Angehörige der von Hitler in den Tod getriebenen Soldaten, schlägt den Kriegstreibern, die neue Millionen nach „Rußland“ in den Tod treiben wollen, die Brandfackel aus der Hand! Unsere Einmütigkeit im Kampf der Nationalen Front wird uns die vorenthaltenen Gewißheit und den vorenthaltenen dauernden Frieden bringen.“

Hitler ist doch nicht mehr da, warum gibt man uns jetzt nicht endlich Gewißheit?



neu hergerichtet. Der offizielle Kostenschlag beläuft sich auf rund 170 000 DM. Obwohl Mc Cloys Haus auch nicht gerade bescheiden genannt werden kann, belaufen sich hier die Kosten für die Renovierung auf nur rund 85 000 DM.

Dieses Haus wird einmal den eigentlichen wenn auch nicht einzigen Wohnsitz des Hohen Kommissars darstellen. Augenblicklich wohnt er in Bad Homburg, in einem bequemen und geräumigen Hause, am Fuße des Taunus. Haus Nr. 2 steht in Berlin-Dahlem. Außerdem steht ihm ein Landhaus in Berchtesgaden zur Verfügung.“

Dafür müssen alle Patrioten zusammenstehen

Die Forderungen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands

Wie wir bereits berichteten, beschloß der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ein Manifest, in dem im einzelnen folgende Forderungen erhoben werden:

1. Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedlichen und unabhängigen Deutschlands und Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Berlins als der Hauptstadt Deutschlands.

2. Beseitigung des Besatzungsstatus, des Ruhrstatus, des Sicherheitsstatus, der sogenannten Saar-Autonomie und Beseitigung des Petersberger Abkommens, Kampf gegen die Werbung und Pressung junger Deutscher in Fremdenlegionen.

3. Kampf gegen die Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee, gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und gegen seine Einbeziehung in den Atlantik-Kriegspakt und Europat.

4. Strikte Unterbindung und Verbot jeder Kriegshetze, Völkerverhetzung und Rassenhetze auf deutschem Boden.

5. Kampf gegen die Demontagen, den Ausverkauf und die Ueberfremdung deutscher Unternehmen durch die anglo-amerikanischen, französischen Imperialisten sowie gegen jede Maßnahme, die auf die Einschränkung, Behinderung und Vernichtung der deutschen Friedenswirtschaft gerichtet ist, und gegen die Auswanderung von Deutschen, die zum Schaden der deutschen Wirtschaft ist.

6. Bekämpfung der wachsenden Wirtschaftskrise in Westdeutschland durch die Schaffung völliger Freiheit für den deutschen Außenhandel und durch die Beseitigung aller ihm von den westlichen Imperialisten auferlegten Beschränkungen, Hemmungen und Kontrollen. Förderung des deutschen Außenhandels mit der Sowjetunion, der chinesischen Volksdemokratie und den anderen Volksdemokratien als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands.

7. Entwicklung des Innenhandels zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland, ungeachtet der Gegenmaßnahmen amerikanischer Interessengruppen.

8. Kampf um die Demokratisierung Westdeutschlands und gegen die Renazifizierung, die von den anglo-amerikanischen Imperialisten systematisch durchgeführt wurde und die die alten traditionellen militaristischen und faschistischen Verderber Deutschlands, die Großkonzerninhaber, die Junker und kriegsindustriellen Generäle und ihren ganzen Anhang wieder zur Macht gebracht hat.

9. Kampf gegen die ständig anwachsende doppelte Ausbeutung der Bevölkerung Westdeutschlands durch die anglo-amerikanischen Imperialisten und ihre deutschen Helfershelfer, die alten deutschen Konzernherrscher, Großbankiers und Junker.

10. Verteidigung der deutschen Kultur gegen die Westdeutschland und Westberlin überschwemmende Kulturbarrerei der amerikanischen Imperialisten.

Aufgaben der Nationalen Front in Westdeutschland

In Westdeutschland steht die Aufgabe, alle vorhandenen Freundeskreise der Nationalen Front für ein demokratisches Deutschland die vorhandenen Orts- und Landesausschüsse die Ausschüsse in den Betrieben und Gewerkschaften, die vielseitigen Kreise der Anhänger des Friedens zusammenzufassen, um zu einem einheitlichen System der Arbeit in ganz Deutschland zu kommen.

Im Vordergrund der Tätigkeit aller dieser Ausschüsse und Vereinigungen stehen folgende Aufgaben:

1. Eine umfassende Aufklärung über die Ursachen und die Hintergründe der verschärften Kriegsspannungen, um dabei die breiten Massen durch die Ausschüsse zu erfassen und die nationale Bewegung zu verbreitern.

2. Die Aufklärung der westdeutschen Bevölkerung über die Maßnahmen der westdeutschen Imperialisten, Deutschland zugrunde zu richten und die deutsche Nation auszulöschen.

3. Aufklärung über die Politik der Deutschen Demokratischen Republik und der Provisorischen Regierung zur Herstellung der Einheit eines demokratischen Deutschlands und für die Sicherung des Friedens.

4. Eine intensive Aufklärung über die Frie-

„Diese Leute sind wirklich Barbaren“

Aus einem Kommentar von Prof. Dr. Walter Holitscher

Mr. Truman verkündete, er habe den Befehl gegeben, eine „kolossale“ neue Mordwaffe zu erfinden (die „Times“ deuten an, es mag noch ein paar Jahre dauern, bis ihre Herstellung und Produktion gelungen sein wird). Es sei — psst!!! — ganz geheim: die Wasserstoffbombe!!! — Der Laie bewundert mit Grusel, wie findig diese Mörder sind. Der Unterrichtete findet keineswegs ein unerhörtes Geheimnis daran. Ich habe zum Beispiel im August des Jahres 1946 (1) ein Buch in Wien herausgegeben, in dem jeder das „Geheimnis“ der „Wasserstoff-Bombe“ und der „Lithiumhydrid-Bombe“ nachlesen kann (S. 130 bis 134) — mit Berechnungen ihrer Explosivkraft und ihrer mutmaßlichen Konstruktionsprinzipien. Kein ununterrichteter Atomphysiker war sich über die Möglichkeit solcher Bomben im unklaren. Man kann Atomenergie in explosiver Form gewinnen, wenn man entweder sehr schwere Elemente (wie das natürliche Uran oder das künstliche Plutonium) zur Spaltung bringt, oder indem man leichte Elemente derart zusammenschleift, daß sie schwerere bilden. Wasserstoff ist das leichteste aller Elemente, er findet sich am häufigsten in der Form, in der sein Atomgewicht 1 beträgt, als „normaler Wasserstoff“ (als „Proton“); seltener mit dem Atomgewicht 2 (als „Deuterium“) oder 3 (als „Tritium“). Will man ihn zu dem schwereren Element Helium vereinigen, so bedarf es dazu überaus hoher Temperaturen von vielen Millionen Graden. Sie finden sich zum Beispiel in der Sonne und anderen Fixsternen, die ihre Strahlungsenergie durch die Vereinigung von Wasserstoff zu Helium — unter Anwesenheit von Kohlenstoff — betreiben, wobei beim Übergang von Wasserstoff zu Helium Masse verlorengeht, die, in Strahlenform umgewandelt, aus der Sonne austritt und unsere Erde erwärmt und belebt.

Will man diesen Prozeß auf Erden nachahmen, so muß man den Wasserstoff auf sehr hohe Temperaturen bringen. Die höchsten „irdischen“ Temperaturen — von un-

gefähr 20 000 000 Grad — werden heute in der explodierenden Plutonium-Atomombe erzeugt. So besteht ein „Rezept“ für die Herstellung der Wasserstoffbombe darin, eine Plutoniumbombe als „Zündpille“ zu verwenden und sie mit Wasserstoff und einer explosionsverzögernden schweren „Granathülle“ zu umgeben. Das Plutonium erzeugt dann bei seiner Explosion diejenigen hohen Temperaturen, welche die Wasserstoffatome zu Helium spalten. Diese „Super-Bombe“ ist nicht ganz einfach zu bauen, aber es ist ein auf die Uniformität des Publikums spekulierender Bluff, wenn man ihm einreden will, daß die Vereinigten Staaten das für ein „Monopol“ etablieren könnten. Dies geschieht selbst einer der amerikanischen Atomwissenschaftler, Professor Dr. Hans Bethe von der Cornell-Universität. Laut „Asso-Press“ erklärte er, die USA würden auf die Wasserstoffbombe kein Monopol besitzen, denn „die Russen sind in der Lage, sie herzustellen und wahrscheinlich in kürzerer Zeit als die USA“.

Mit einer solchen Bombe kann man Hunderttausende Zivilisten töten, wenn diese außerhalb von Unterständen in den Straßen und Häusern zusammengedrängt sind, wie dies in Hiroshima und Nagasaki der Fall war. Da die „alte“ Bombe bereits das Zielgebiet „saturiert“ („sättigt“ — so lautet der Fachausdruck) und man ein Gebäude nur einmal zerstören und unsere Leiber nur einmal verbrennen kann, so hat die „neue“ Bombe keinen Schrecken, den die alte nicht bereits hatte.

Prof. Blackett, der fortschrittliche britische Nobelpreisträger für Physik, der ein Mitglied der britischen Atomkommission war, hat in seinem höchst lesenswerten Werk über „Militärische und politische Folgen der Atomenergie“ bereits darauf hingewiesen, daß die Atombombe nicht imstande ist, vorrückende Armeen aufzuhalten oder die Industrieanlagen wohlgeschützter großräumiger Staaten auszuschalten; daß sie also keineswegs eine „Blitzkriegswaffe“ oder gar kriegsentscheidend sei. Wohl aber stelle sie

für ein Land, das sich gegen einen Aggressor verteidigt, eine gute Waffe zur Zerstörung der Flugzeug- und Marine-Angriffsbasen dar, von denen aus der Aggressor operiert. Man kann nicht daran zweifeln, daß die Sowjetunion über die Mittel verfügt, ihr Land wirksam zu verteidigen.

So handelt es sich bei Mr. Trumans Allmachtsträumen und Einschüchterungsdrohungen um die Fortsetzung einer höchst gefährlichen „Atomdiplomatie“ und den Versuch einer Verbreitung von „Atomhysterie“ mit neuen Mitteln, die nicht allzu neuartig sind. Man versteht die üble Laune der amerikanischen Monopolisten, die soeben China für immer verloren haben; die wachsende Stärke und Festigung der Friedensfront beobachten müssen und die von einer sich zusehends vertiefenden Wirtschaftskrise gequält werden, während der wirtschaftliche Fortschritt in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern unverkennbar ist; die tagtäglich die Klagen der wirtschaftlich ruinierten Marshall-Länder hören müssen und das Schwinden des Glaubens selbst der Marshall-Länder an die Allmacht der Vereinigten Staaten zu verzeichnen gezwungen sind, die eingestehen mußten, das „Atombombenmonopol“ nicht mehr zu besitzen, und nun erschrocken sehen, daß sich die amerikanische Bevölkerung klarzumachen beginnt, daß ein Krieg, den ihre Regierung entfesselt, auch auf amerikanischem Boden zu allen Schrecken führen müßte, die sie bisher nur den Gegnern angedroht hatten.

Dieselbe Nummer einer amerikanischen Zeitung, welche von Mr. Trumans „Wasserstoff-Rede“ berichtete, brachte die Meldung, daß der amerikanische Landwirtschaftsminister die Zerstörung von 50 Millionen Scheffel „überproduzierter“ Kartoffeln beantragt habe! Diese Leute sind wirklich Barbaren! Die Friedensbewegung der ganzen Welt muß ihnen in den Arm fallen. Sie darf sich bei der Entfaltung ihrer Kräfte nicht durch Mr. Trumans kanibalische Träume bestärken lassen.

Stadtverwaltung Dresden schreibt an Mannheim

(T. R.) Anlässlich des 5. Jahrestages der Zerstörung der Stadt Dresden durch anglo-amerikanische Bombenangriffe sandte der Rat der Stadt Dresden an die Städte Hamburg, Stuttgart, München, Nürnberg, Mannheim, Frankfurt, Ludwigshafen, Karlsruhe, Köln, Düsseldorf, Essen, Hannover, Mainz, Aachen, Duisburg, Braunschweig und Koblenz Briefe in denen auf die erneut akut gewordene Frage der Kriegsgefahr hingewiesen wird. In dem Brief heißt es u. a.:

„Die Toten des Luftangriffs auf Dresden können nicht mehr sprechen, aber ihr schreckliches Ende gibt uns das Recht und die Pflicht, in ihrem Namen Worte der Mahnung an alle Deutschen zu richten und an der Seite der Weltfriedenskämpfer zu fordern, das Weltverbrechen der Welt einzuhalten, die Herstellung und Anwendung der Atombomben und Wasserstoffbomben zu verbieten, die blutigen Interventionskriege in Indonesien, Malaya und Vietnam zu beenden, die unter amerikanischem Einfluß durchgeführten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kämpfer für den Frieden in Westeuropa und andern Ländern aufzuheben. Schaffen Sie mit uns die große Nationale Front des demokratischen Deutschland, in der alle Schichten unseres Volkes sich ohne Unterschied ihrer Weltanschauung und religiösen Auffassung zum gemeinsamen Kampf gegen die Verderber Deutschlands vereinen.“

O. B. Heimerich hat Einladung nach Leipzig

Wie wir soeben erfahren, hat die Stadtverwaltung Leipzigs an den Oberbürgermeister von Mannheim eine Einladung zum Besuch der Stadt geschickt.

Sonntagsfahrkarten gelten länger

Die Bundesbahn teilt mit, daß die Sonntagsrückfahrkarten vom 1. März an von Samstag 12 bis Montag 24 Uhr gelten. Bisher mußte die Rückfahrt jeweils bis Montag 12 Uhr beendet sein.

Ludwigshafener Stadtverwaltung protestiert gegen Freispruch Heders.

Ludwigshafen. Etwa eintausend Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadtverwaltung Ludwigshafens haben in einer Betriebsversammlung gegen das Urteil im Hedder-Prozess protestiert. In einer Entschließung wurde gefordert, daß der Richter abgerufen wird und die Gründe, die zu dem Urteil geführt hätten, untersucht werden.

Maier kümmerte sich nur um Fabrikanten

Eine aufschlußreiche Beurteilung über Gauleiter Siekmaier

Stuttgart. (Iwb). Der ehemalige Leiter der Vollstreckungsabteilung des württembergisch-badischen Befreiungs-Ministeriums, Herbert Faeseler, erklärte am Montag einem dpa-Vertreter, nach dem Urteil der zuständigen Entnazifizierungsbeamten habe sich Ministerpräsident Dr. Maier bei seiner Gnadenpraxis im wesentlichen nur um die Fälle gekümmert, bei denen es sich um einflußreiche Fabrikanten oder um Industrielle gehandelt habe. Die Ausweitung der Gnadenpraxis im Befreiungsministerium habe in dem Augenblick begonnen, als Minister Kamm aus dem Amt geschieden sei. Später habe das Staatsministerium immer stärkeren Einfluß auf die politische Säuberung genommen.

Faeseler sagte, er sei im Oktober 1949 aus seinem Amt ausgeschieden, weil er die „Aera Ströbe“ nicht mehr habe mitmachen wollen. Von dem am 30. April 1949 vollstreckbaren 22 994 Spruchkammerentscheidungen seien damals lediglich 3146 vollstreckt gewesen. Dagegen seien in insgesamt 15 194 Fällen Anträge auf Begnadigung eingegangen. Zum gleichen Zeitpunkt seien von insgesamt 1813 Sprüchen auf Vermögensseizung erst 6 Fälle erledigt gewesen, obwohl die Staatsregierung bereits ein Jahr zuvor eine Vollstreckungsverordnung erlassen habe.

Zu der Begnadigung des zu einer mehrjährigen Arbeitslagerstrafe verurteilten ehemaligen stellvertretenden Gauleiters von Thüringen, Heinrich Siekmaier, erklärte Faeseler, es sei bemerkenswert, daß Ministerpräsident Dr. Maier in diesem Falle verfügt habe, Siekmaier habe über seine Vermögens- und Einkommensverhältnisse alle

vier Monate an das Staatsministerium und nicht an das an sich zuständige Befreiungsministerium zu berichten. Siekmaier war im Dezember 1948 aus dem Arbeitslager entlassen worden, obwohl sämtliche zuständige Stellen des Befreiungsministeriums eine Begnadigung nicht befürwortet hätten und Siekmaier bereits einmal aus dem Internierungslager entflohen war.

Nach Angabe von Faeseler schließt die Verfügung des Ministerpräsidenten über die Begnadigung Siekmaiers mit folgenden Worten: „Bei nicht einwandfreier Führung wäre der Gnadenverweis sofort hinfällig, doch habe ich bei der Persönlichkeit des Betroffenen die Erwartung, daß dies nicht eintreten wird.“

Nur ungetreue Beamte waren die Schuldigen

Stuttgart. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift gegen die in dem Entnazifizierungskandal verwickelten ehemaligen Mitglieder der Ludwigsburger Zentralspruchkammer, May und Keßler, sowie gegen den ehemaligen Leiter des „Nürtlinger Vermittlungsbüros“, August Meyer, veröffentlicht.

Der ehemalige Chefkläger Heinz May wird der einfachen und der schweren passiven Bestechung in Tateinheit mit Rechtsbeugung angeklagt. Dem ehemaligen Spruchkammervorsitzenden Richard Keßler werden Rechtsbeugung und schwere Bestechung zur Last gelegt. August Meyer wird der aktiven Bestechung, der Anstiftung zur Rechtsbeugung und der Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen beschuldigt.

dert wurde. Das Mädchen wurde mit einem Schädelbruch nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht. Zunächst besteht keine Lebensgefahr.

Sie wußten scheinbar Bescheid
Mannheim. Durch ein mit Backsteinen zugestelltes Schaufenster drangen während der Nachtstunden unbekannte Täter in den Hof eines Hauses in der Innenstadt ein. Hier brachen sie eine Tür und gelangten so durch ein Fenster in den Lagerraum eines Großhandelsgeschäftes. Auch dem im zweiten Stockwerk gelegenen Büro wurde ein Besuch abgestattet. Außer 3000 DM Bargeld verschwanden drei Aktentaschen, eine Reise Schreibmaschine und andere Gegenstände. Der Gesamtschaden wird auf etwa 6-7000 DM geschätzt.

15 Prozent der Arbeitnehmer in Mannheim sind Fendler

Mannheim. (Iwb) Etwa 15 Prozent der Arbeitnehmer in Mannheim wohnen außerhalb der Stadt. Allein aus dem 15 000 Einwohner zählenden hessischen Ort Lampertheim fahren täglich 2500 Personen nach Mannheim zur Arbeit. Die Stadt Mannheim muß jährlich 37 000 DM als Gewerbesteuerausgleich an Lampertheim bezahlen.

„Wieviel Tonnen Bier schenken Sie in der Woche aus?“ fragte der Gast den Wirt. „Na, so etwa vier bis fünf!“ „Ich könnte Ihnen einen Tip geben, wie Sie Ihren Umsatz steigern könnten!“ „Da bin ich aber neugierig?“ Ganz einfach: Schenken Sie die Gläser richtig voll!“

uony soll hinterlicht werden, durch den elektrischen Stuhl. „Was ist Ihr letzter Wunsch?“ fragte man ihn. „Der Staatsanwalt soll mir bei der Hinrichtung die Hand halten!“

Angriff auf die Straßenbahnerlöhne

Bürgermeister Trumpfheller der Initiator — Mannheimer Tarif viel schlechter als der Karlsruher

Karlsruhe. Die Stadtverwaltung Karlsruhe empfahl ihrem Stadtrat, die „Besondere Dienstordnung zur Tarifordnung für den Nahverkehr“ zu kündigen. Zur Begründung dieses Vorhabens werden vor allem Ausführungen des Mannheimer Ersten Bürgermeisters, Trumpfheller, die er als Vertreter der „Kommunalen Arbeitsrechtlichen Vereinigung“ getan hat, herangezogen.

Die Löhne der Karlsruher Straßenbahner, soweit sich diese nicht im Beamtenverhältnis befinden, liegen etwas höher als zum Beispiel die der Mannheimer und der Heilbronner Straßenbahner. Daß die Vertreter dieser beiden Städte in der Arbeitsrechtlichen Vereinigung dagegen angingen, war nicht verwunderlich, zumal die dortigen Straßenbahner das Karlsruhe Lohnabkommen als Grundlage für ihre eigene Forderung benutzen.

Die „Besondere Dienstordnung“ in Karlsruhe sieht vor, daß das Straßenbahnpersonal im Fahrdienst auf der Grundlage von 240 Stunden im Monat entlohnt wird. Nun will

man aber, wie in Mannheim, nur 208 Stunden anrechnen, so daß dies eine Lohnkürzung von 25 bis 40 Mark im Monat für die Straßenbahner bedeutete. Dabei versucht man gleichzeitig die im Beamtenverhältnis stehenden Kollegen gegen die im Arbeiterverhältnis stehende Mehrzahl der Führer und Schaffner auszuspielen, mit dem faulen Argument, daß die Beamten in manchen Fällen weniger verdienen würden als die Arbeiter. Dabei wird bewußt verschwiegen, daß die Pensionsberechtigung der Beamten einen erheblichen Vorteil gegenüber der Invalidenversicherung und der Ruhelohnberechtigung der Arbeiter darstellt.

In Wirklichkeit verhalten sich die Dinge so, daß die von den Städtischen Werken errechneten 208 Stunden nur in wenigen Fällen zutreffen und daß für Sonntags- und Schichtarbeit, die sich automatisch aus dem Dienst des Fahrpersonals ergibt, keinerlei Zuschläge bezahlt werden. Es ist durchaus notwendig, daß für die Straßenbahner in ganz Württemberg-Baden eine einheitliche Tarif-

ordnung erreicht werden muß, aber nicht auf der Grundlage des schlechten Mannheimer Tarifs, mit der Rentabilitätsrechnung des Mannheimer Bürgermeisters Trumpfheller ein Defizit, das aufs engste mit den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen (sehr schlechter Stand des Wagenmaterials als Kriegsauswirkung) zusammenhängt, auf Kosten der Angehörigen der Verkehrsbetriebe ausgleichen möchte.

In Mannheim werden nächtliche 48 Stunden pro Woche entlohnt. Die viele Zeit, die für die notwendigen Nebenarbeiten (Fahrscheinensamen, Meldungen schreiben, Vorladungen aufs Amt usw.) trägt der Straßenbahner. Selbst Nachtarbeit wird genau so bezahlt wie die Dienstzeit erfordert, an einem Tage zweimal Dienst zu tun, so daß dann vierzehn Stunden gearbeitet wird. Auch hierfür gibt es keinerlei Zuschläge.

1928 betrug der Höchstlohn für Straßenbahner in Mannheim monatlich 317 Mark. Heute ist er 266,24 Mark.

Die Karlsruher Regelung muß für die Gewerkschaft und die Straßenbahner in Württemberg-Baden zur Grundlage für künftige allgemeine Tarifverhandlungen gemacht werden und die Kollegen in den kommunalen Verkehrsbetrieben müssen diesem Trumpfhellerstreik gegenüber äußerste Wachsamkeit üben.

Notzucht und Raubüberfälle durch amerikanische Soldaten

Mannheim. Das Fastnachtstreiben in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch nutzten einige farbige Soldaten zu Notzucht und Raubüberfällen aus. Zum ersten schweren Überfall kam es an der Straßenseite Werder-Kolpingstraße. Dort wurden zwei ahnungslos ihres Weges gehende Straßenpassanten — es handelte sich um eine jüngere Frau, die sich in Begleitung eines Mannes befand — von 6 farbigen amerikanischen Soldaten umstellt. Während die Frau von den Tätern in den nahegelegenen Luisenpark geschleift und dort von 3 Soldaten genötigt wurde, schlugen sie ihren Begleiter nieder, nachdem sie ihn zuvor seiner Brieftasche und seines Bargeldes beraubt hatten. Auch der überfallenen Frau wurde die Armbanduhr geraubt.

Etwa eine Stunde später erkrankten in der Nähe des Arbeitsamtes erneut Hilferufe, weil auch hier eine Gruppe junger Leute von farbigen amerikanischen Soldaten angegriffen wurde. Auf der nahen Polizeiwache wurden diese Hilferufe gehört und sofort die Verfolgung aufgenommen. Es gelang den zahlreich eingesetzten Polizeikräften, 3 der Täter festzunehmen und der Militärpolizei zu übergeben. Einer der Soldaten hatte in seinen Strümpfen eine Damen-

armbanduhr versteckt, die einem Mädchen beim zweiten Überfall geraubt worden war. Auch in diesem Falle bestand anscheinend die Absicht, das Mädchen zu vergewaltigen, denn ihr waren mit Gewalt die Schläfer heruntergerissen worden. Es wird damit gerechnet, daß es der Militärpolizei gelingt, noch die restlichen Täter zu ermitteln und festzunehmen.

In der letzten Zeit häufen sich erschreckend die Anzeigen über derartige Vorkommnisse. Die von der Besatzungsmacht in Aussicht gestellte Umstellung der Besatzungstruppen auf Verheiratete, die mit ihrer Familie hierher gebracht würden, ist keine Lösung dieser Fragen. Erstens kostete das noch mehr unseres so seltenen Wohnraums und darüber hinaus wäre von dieser Maßnahme wohl auch keine restlose Sicherheit zu erwarten. Wozu brauchen wir dieses Heer von Soldaten in unseren Städten? Zweifelloser soll damit die große Zahl von Arbeitslosen in den USA verkleinert werden. Wir dürfen dafür bezahlen. Daß wir aber dann auch noch derartige Ausschreitungen auf uns nehmen müssen, ist eine starke Zumutung. Es gibt ein sicheres Mittel dagegen: Abzug der Besatzungstruppen.

In der Anklageschrift heißt es: May habe Meyer über die Zusammensetzung der Spruchkammer unterrichtet, denen die Verfahren gegen die Anklagegegner des „Nürtlinger Vermittlungsbüros“ übertragen worden seien. Meyer habe dem Kläger May für diese und verschiedene andere „Gefälligkeiten“ in Spruchkammerverfahren größere „Darlehen“ gewährt. Meyer habe diese „Darlehen“ als Entgelt dafür angesehen, daß die von ihm vermittelten Spruchkammerfälle vom Kläger May „geschaukelt“ würden.

Mit der Veröffentlichung der Anklageschrift gegen diese Korruptionisten kann nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß der Entnazifizierungskandal weit größere Kreise als oben ersichtlich gezogen hat. Er kann nicht zu einer Frage ungetreuer Beamter bagatellisiert werden, denn die ans Licht gekommenen Tatsachen zeigen klar seine eminent politische Seite. Ministerpräsident Maier ist gewiß nicht aus kleinlichen gewinnstüchtigen Absichten heraus so „großzügig“ bei der Begnadigung verfahren. Seine Motive liegen auf ganz anderem Gebiet. Gewinn, ja auf politischer Ebene. Sein „Verständnis“ diesen Kreisen gegenüber ist ja nicht erst der von ihm ausgeübten Gnadenpraxis vorhanden. Der Landtag hatte mehrmals Gelegenheit, davon Kenntnis zu nehmen. Erschütternd ist nur, daß trotzdem ein solcher Mann das oberste Amt in der Staatsregierung innehaben kann. Herr Maier ist aber darin gewiß kein Einzelfall. Und dann wundert man sich über die Entwicklung, die Westdeutschland nimmt.

Die Gewerkschaften bekommen wieder ihr Haus

Ausbau nach modernsten architektonischen Gesichtspunkten

Mannheim. -qu- Nachdem der Deutsche Gewerkschaftsbund — Ortsausschuß Mannheim — im Rahmen der Wiedergutmachung sein Haus in O 4 wieder zurückerhielt, konnte nunmehr vor ungefähr 5 Monaten der Ausbau und teilweise Umbau des Gebäudekomplexes in Angriff genommen werden.

Das entstehende neue Gewerkschaftshaus, ursprünglich Eigentum der Firma BBC, war in Fabrik-, Lager- und Büroräume aufgeteilt. Im Jahre 1933 übernahm dann die DAF das Gebäude. Nach dem Zusammenbruch 1945 ging das Haus in den Besitz der Finanzverwaltung der Stadt Mannheim über, bis dann mit dem Neubau im Auftrag der Gewerkschaften begonnen werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt war das Dachgeschoß ausgebrannt und Teile der oberen Geschosse zerstört. Der die Umgestaltung durchführende Architekt Rupp stand hier vor der Aufgabe, aus einem teilweise verbauten Gebäude ein nach den Erkenntnissen moderner Architektur und einschlägigen technischen Erneuerungen versehenes Haus zu schaffen. Bisherigen Feststellungen und Eindrücken zufolge dürfte die Umgestaltung durchaus vollendet gelingen.

Nicht nur die inneren Räumlichkeiten wurden wesentlich verändert und dadurch ungleich wirtschaftlicher ausgenutzt — ein Ergebnis intensiver Planung —, sondern auch die Fassade erlebte durch Erhöhung der Fensterzahl eine Aenderung. Dadurch konnten allein sechs weitere Büroräume gewonnen werden. An Stelle eines Teils des einstmaligen wackligen Dachgeschosses entstand eine Aufstockung und eine sehr hübsche und praktisch angelegte Dachterrasse, die

hauptsächlich im Sommer vielen Angestellten und Besuchern Entspannung und Erholung bieten dürfte.

Die Innenarchitektur war maßgeblich von der Veränderung des Treppenaufgangs bestimmt, der ebenfalls sehr verbaut war, und nun durch einen lichten Aufgang ersetzt wird. Das Gebäude erhält 50 geräumige und lichte Büros. Dazu Sitzungsräume und -Zimmer, eine sehr große Gastwirtschaft für 120 Personen und eine verhältnismäßig große Küche. Weiterhin kommt ein Saal für Vorträge usw., ebenfalls für 120 Personen, ein

Für Freiheit und Frieden: Pfingsten 1950 nach Berlin!

großer Schulungsraum im Keller, entsprechende sanitäre Anlagen, vier Garagen und eine Gastwirtschaft dazu. Außerdem werden im Erdgeschoß eine Wohnung für den Gastwirt und eine weitere Wohnung für den Hausmeister gewonnen.

Zahlreiche Gastüren im ganzen Gebäude vermitteln u. a. die betont moderne Note. Das ganze Gebäude wird durch Zentralheizung versorgt. Ebenso sorgen viele Glaswände zwischen den einzelnen Räumlichkeiten und auffallend große Fenster für viel Licht und Luft.

Trotz den komplizierten Umbauarbeiten hat sich bis heute an der Baustelle noch kein Unfall ereignet. Es darf nicht versäumt werden, darauf hinzuweisen, daß die Zusammenarbeit zwischen dem leitenden Architekten und der Baukommission der Gewerkschaften vorbildlich ist. Die Fertigstellung und Ein-

Beitrags-Rückerstattung an Rentner

Mannheim. Wir verweisen auf die im Mannheimer Amtsblatt und in den Mannheimer Tageszeitungen bekanntgegebene Veröffentlichung, wonach ein Rentner, welche in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen und nicht von der Krankenversicherungspflicht befreit sind, eine Beitragsrückerstattung von monatlich 2 DM für die Monate September 1949 bis Februar 1950 erfolgt.

Die Auszahlung für die Monate September 1949 bis Februar 1950 findet in unserem Verwaltungsgebäude, Mannheim, Renzstr. 11/13, Arbeitgeberhalle, Schalter 6, in der Zeit vom 1. März 1950 bis 10. März 1950 statt. Zur Vereinfachung der Auszahlung an die Rentner, welche einem Betrieb angehören, wird beabsichtigt, eine Sammelauszahlung durchzuführen.

Soweit die Rentner nicht bei der AOK, sondern bei einer anderen Krankenkasse pflichtversichert sind, müssen die Mitgliedsbescheinigungen beigefügt werden, aus welchen hervorgeht, daß Pflichtversicherung vorliegt.

Nach der Prüfung des Anspruchs werden den Firmen die Auszahlungs-Anweisungen zur Unterzeichnung des auf der Anweisung vorgedruckten Reverses durch den Rentner zugesandt. Nach der Unterzeichnung und Abgabe der Anweisungen kann der aus der Summe der Anweisungen sich ergebende Gesamtbetrag an der Auszahlungskasse der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mannheim abgeholt werden.

„Wir lassen uns nicht fressen“

Mannheim. Schwerbeschädigte des letzten Krieges griffen, da dieser Staat ihnen das Existenzminimum verweigert, zur Selbsthilfe und gründeten in Mannheim die Schwerbeschädigten-Betriebs- und Absatz-Genossenschaft. Ein Mann mit Initiative, Ernst Mann, organisierte den Betrieb mit sieben Schwerbeschädigten und einem Betriebskapital von 500 DM — ein Darlehen des Mannheimer Wohlfahrtsamtes. Bis vor wenigen Monaten war das noch eine traurige Angelegenheit. Eine halb zerfallene Baracke an der Rückfront des Ochsenperch-Bunkers, nur notdürftig abgedichtet, wies die Stadtverwaltung der Genossenschaft als Werkstatt zu. Die Körperbeschädigten machten dort alte Möbel auf neu, ohne Maschinen. Heute umfaßt die Genossenschaft 25 Menschen, davon 11 Hinterbliebenenfrauen, besitzt menschenwürdige Werkstätten mit einem kleinen Maschinenpark und ist in drei Baracken am Friedrichspark untergebracht. Dies alles aus eigener Kraft, mit dem zähen Selbstbehauptungswillen von Menschen, die ins Leben zurückwollen.

Dennoch ist die Genossenschaft auch heute nicht auf Rosen gebettet. Es fehlt nach wie vor an dem notwendigsten Betriebskapital (in der Kasse befinden sich rund 600 DM) trotz einem verhältnismäßig guten Auftragsbestand, der bis April reichen dürfte, darunter private Bauaufträge in den L- und M-Quadranten und Möbel-Aufträge für Südbaden. Bei einem monatlichen Umsatz der Genossenschaft von 18-20 000 DM gibt jedoch die Hauptfürsorgestelle Karlsruhe nur ein Darlehen von 10 000 DM, dessen Verfügbarkeit durch die Langsamkeit der Behörden erst dann greifbar wird, wenn die Außenstände der Genossenschaft für die Materiallieferanten unverhältnismäßig angewachsen sind, teilweise bis auf 35 000 DM. Diesem Darlehen stehen allein eine monatliche Lohnzahlung von 4500 DM und drängende Lieferanten, die heute für die Ware sofort ihr Geld verlangen, gegenüber. Zur Überbrückung der immer einsetzenden finanziellen Schwierigkeiten ist daher eine Genossenschaft von Schwerbeschädigten gezwungen, nach kapitalistischen Gesichtspunkten eine höhere Gewinnspanne herauszuschlagen zur „Kapitalbildung“, was praktisch darauf hinausläuft, daß aus den Knochen der Kriegsbeschädigten Mehrarbeit herausgepreßt werden muß. Warum? Weil der Staat, obwohl er die Mannheimer Genossenschaft als „rentable Anstalt“ betrachtet, sich nicht dazu verstehen kann, ein höheres Darlehen für diesen wirklich sozialen Zweck zu geben, während er andererseits Millionenbeträge für Pensionen für entlassene Nazi-Beamte auswirft. Unverständlicherweise versuchen die Organe der Behörden bei öffentlichen Aufträgen stets die Preise zu drücken, obwohl der Staat, durch diese genossenschaftliche Einbeziehung von Schwerbeschädigten in Nutzen bringende

Produktion, doppelt profitiert, da er dabei noch Renten „spart“.

Es bestehen Tendenzen seitens des Staates und der Stadt, die Genossenschaft neuerdings in eine gewinnbringende G. m. b. H. umzuwandeln, wobei Staat und Gemeinde als Geldgeber fungieren sollen. Doch dagegen will sich die Genossenschaft energisch zur Wehr setzen. „Fällt uns gar nicht ein, wir lassen uns nicht fressen,“ erklärte ihr Geschäftsführer Ott.

Betrügereien, Sittlichkeitsdelikte — Lagerleiter und CDU-Redner

Mannheim. -bü- In der damaligen Ostzone habe er sich nach Kriegsende unbeliebt gemacht und sei deshalb nach dem Westen ausgerückt, meinte der wegen Betrügerei und Unterschlagung Angeklagte. In genaue Aussagen über den Grund dieser „Unbeliebtheit“ übte er jedoch merkliche Zurückhaltung aus.

Er ist auf jeden Fall kein unbeschriebenes Blatt mehr und hat schon während des Naziregimes drei Jahre Zuchthaus wegen widernatürlicher Unzucht abgesessen. Nach dem Zusammenbruch fungierte er als Parteiredner der CDU. Auch als Leiter eines Flüchtlingslagers betätigte er sich eine Zeit lang, wurde aber, da verschiedene Beschuldigungen gegen ihn vorlagen, von seinem Posten entfernt. Anschließend wechselte er verschiedentlich seinen Beruf. Zuletzt trat er auf als Vertreter einer Firma, in deren Auftrag er von Stadt zu Stadt zog. Das Geschäft manchmal Flaute zeigte, verschaffte er sich dadurch einen Nebenverdienst, daß er in zwei Fällen mit ungedecktem Scheck eine Nähmaschine ankaufte und die Maschine anschließend wieder verkaufte, sohn“ von der Fürsorge erhalten hatte.

Dieser letztere, „ein frecher und arroganter Lausbub“, wie der Staatsanwalt meinte, war ein ehemaliger Fürsorgezögling, der mit dem Angeklagten ein zweifelhaftes Zusammenleben geführt hatte.

Er kam, da ihm verhältnismäßig wenig nachgewiesen werden konnte, mit fünf Monaten Gefängnis davon.



weihung des Gewerkschaftshauses soll voraussichtlich Anfang Mai erfolgen.

Arbeiterwohlfahrt

Mannheim. Die Arbeiterwohlfahrt Mannheim Bezirk Innenstadt sendet uns folgende Zeilen:

„Der Erde Glück — der Sonne Pracht, dem ganzen Volke sei's gegeben, das ist das Ziel, das wir erstreben...“ durch unsere ehrenamtlichen Helferdienste innerhalb der Arbeiterwohlfahrt zum Wohle aller Hilfebedürftigen ohne Unterschieden ihres religiösen oder politischen Glaubens. Was alles in den Jahren 1945 geleistet wurde, sind Marksteine der deutschen Arbeiterbewegung, sind Arbeiten des Friedens, aber auch des Kampfes für eine bessere Lebensgestaltung der sozial Bedrängten. Nicht eine Sache der Almosen, sondern der Solidarität dem bedrängten Mitmenschen gegenüber.

Die letzte Generalversammlung der Bezirksgruppe Innenstadt zeigte, daß allein 1949 aus der Innenstadt über 100 Kinder erfolgreiche Erholung fanden. Heimkehrer und Flüchtlinge Hilfe und Rat erhielten, sowie alte und junge Hilfesuchende Betreuung erhielten. Der altbewährte Vorsitzende, Fritz Hertweck, sprach allen Helfern den Dank für geleistete Arbeit aus. Doch der beste Dank aller war die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und seines Helferstabes. Mit neuem Mut und neuen Plänen zur Bekämpfung der Not ging die Arbeiterwohlfahrt Innenstadt in das neue Jahr 1950 und ruft heute wie immer allen Mitgliedern zu: Seid alle einig im Spenden zur Linderung der großen Not unter den Alten, den Heimkehrern und der Jugend.

Abenteuer auf der Marsrakete

Eine kleine Plauderei

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß heute, also um die gleiche Zeit, in der Albert Einstein, der Schöpfer der Relativitätstheorie, damit beschäftigt ist, unter anderem auch eine der elementarsten, allgegenwärtigsten und trotzdem geheimnisvollsten Erscheinungen, die uns auf Erden umgeben, nämlich die „Gravitation“, die Schwerkraft, in das theoretische Forschungsgebäude einer einheitlichen elektromagnetischen Feldtheorie einzubeziehen, sich auch andere Wissenschaftler in verschiedenen Ländern mit Fragen befassen, die mit dieser Schwerkraft zusammenhängen, dabei aber mehr praktischer und anschaulicher Natur sind und vielleicht schneller als wir heute annehmen, aktuell werden können.

Wir wissen, daß wir mit der Erdanziehung, der Erdschwere, von Geburt an so untrennbar ver wachsen sind und daß uns diese Kraft so fast lächerlich selbstverständlich vorkommt, daß sich heute wohl kein Mensch auf der ganzen Erde wirklich konkret bis in alle Einzelheiten vorstellen kann, wie er sich fühlen und wie sich sein ganzes Leben abspielen würde, wenn plötzlich die Schwerkraft, das Gewicht verschwände.

Diese Frage ist nicht nur theoretisch außerordentlich interessant, sondern sie kann, wie bereits angedeutet, schon in absehbarer Zeit zu einem drängenden Problem werden. Die Raketentechnik, die sich im letzten Jahrzehnt sprunghaft entwickelt hat, ist zweifellos auf dem Wege, sich — vielleicht im Verein mit der Atomenergie — auch den Weg über den Erdschwerebereich hinaus in den Weltraum zu erkämpfen.

Im Raketenfahrzeug

Wie wird sich der lebende Mensch, der doch irgendwann einmal mit einem Raketenfahrzeug in den Weltraum hinausreisen soll, außerhalb des praktisch wirksamen Anziehungsbereiches der Erde, also im schwerelosen Raum verhalten? Wird er überhaupt in einem solchen uns gänzlich unbekanntem und unserem ganzen Organismus widersprechenden Raum leben können?

Dieser glückliche oder unglückliche Reisende — aus allen seinen seit unzähligen Generationen ererbten Gewohnheiten gerissen — würde zunächst einmal verzweifelt nach irgendeinem Halt, einem Unten und Oben suchen. Er würde, wie alle Dinge rings

Der Geist von Bonn

Zählen ist Glückssache. Das wurde im „Bundestag in Bonn“ schon des öfteren wieder bewiesen. Darum wurde die alte Methode des „Hammelsprungs“ erneut eingeführt. Die Abgeordneten verlassen den Sitzungssaal und betreten ihn wieder durch verschiedene Türen, je nachdem, ob sie mit ja oder nein stimmen. Als auch in dieser Woche diese Abstimmungsart angewandt wurde, und der wegen seiner Geschicklichkeit schon weltberühmt gewordene Bundestagspräsident Köhler die Situation nicht klar erschaute, sprach er nach vorgeschriebenem Klingeln: „Ich bitte die Damen und Herren, die ihren Sprung gemacht haben, Platz zu nehmen.“

Auch die Gleichberechtigung der Frau spielt in den Debatten der beiden letzten Tage eine nicht unbedeutende Rolle. Die weiblichen Abgeordneten hatten sich zum Teil geschickt und mit Schwung für die Rechte ihrer Geschlechtsgenossinnen eingesetzt. Für die CDU sprach der Staatssekretär in der „Bundeskanzlei“, Abg. Würmeling: „Ich bin für eine organische Gleichberechtigung und gegen die mechanische.“

um ihn, frei schweben, wenn er sich nicht irgendwie festhielte oder festgeschnallt wäre. Ein Ruhen und Schlafen auf einem Bett wäre für ihn undenkbar, denn in einem Bett können wir ja nur dank unserem soliden irdischen Gewicht liegen. Jeder Gegenstand, den er „fallen“ ließe, bliebe still und unbeweglich neben ihm schweben.

Die Tasse schwebt in der Luft

Seine Tasse Kaffee brauchte er keineswegs auf einen Tisch zu placieren. Er könnte sie ohne weiteres neben sich in die Luft „stellen“, wo sie ruhig schweben bliebe, wenn — und hier beginnt das Problem ernsthaft zu werden — er überhaupt Kaffee trinken könnte. Er wird es wahrscheinlich nicht können. Er wird kaum Flüssigkeit zu sich nehmen können, denn bei fehlender Schwerkraft „fließt“ Flüssigkeit nicht mehr mit Sicherheit die Speiseröhre hinunter trotz peristaltischer Bewegung. Der unglückliche Reisende würde nicht einmal Kaffee aus einem Kännchen oder Wein aus einer Flasche gießen können. Es bliebe ihm nichts weiter übrig, als die Weinflasche mit einem Hammer zu zerschlagen und die Scherben wie eine Eierschale abzubrückeln. Der Weininhalt der Flasche würde dann etwa in Gestalt eines großen Kugeltropfens frei neben ihm schweben oder sich, wenn er mit einem Gegenstand in Berührung käme, wie eine Amöbe um diesen herum breiten.

Bis zur Kabinendecke

Ein Gehen auf einem Fußboden wäre praktisch unmöglich. Jeder Schritt, mit der

irdischen Muskelkraft ausgeführt, würde den Unglücklichen bis zur Kabinendecke hinaufschleudern. Vielleicht würden die Ingenieure durch einen magnetischen Fußboden und Eisensohlen Abhilfe schaffen.

Die altgewohnte und nicht zu entbehrende Tätigkeit des Essens wäre gleichfalls ein Problem für den schwerelosen Menschen. Die peristaltische Bewegung der Speiseröhre unterstützt zwar das Hinabgleiten der Speisen in den Magen. Ohne die helfende Schwerkraft würde sie aber kaum ausreichen. An die Benutzung der Toilette wage man gar nicht zu denken, denn nichts fällt, nichts fließt im schwerelosen Raum.

Zentrifugalkraft als Ersatz

Die Wissenschaftler arbeiten heute schon daran, bei künftigen Weltraumfahrten einen Ersatz für die fehlende Schwerkraft zu schaffen. Man denkt z. B. daran, das künftige Raumfahrzeug nie mit gleichförmiger Geschwindigkeit, sondern immer mit Beschleunigung oder Verzögerung reisen zu lassen. Wir wissen, daß wir schon in der Eisenbahn beim Anfahren oder Abbremsen gegen den Sitz gedrückt werden, daß also eine Kraft entsteht, die einen Ersatz für die fehlende Schwerkraft abgeben könnte. Andere Forscher wollen die Kabine des Raumschiffes in ständige Drehung versetzen, so daß die Zentrifugalkraft, die wir vom Kurvenfahren her kennen, die Schwerkraft ersetzt.

Es wird also noch viel Arbeit der Wissenschaftler und Techniker nötig sein, bis zum erstenmal ein Mensch sich in den schwerelosen Raum wagen kann.

Der Wasserfall von Pferdeleibern

Erzählung aus grauer Vorzeit von M. Iljin und E. Ssegal

In Frankreich gibt es bei dem Ort Solutredritten, hohen Grase versteckten. Die vor-ersten bedeuteten den anderen durch Zeichen, wo sich die Pferde befanden, wie viele es waren und wohin sie sich bewegten.

Enger und enger umzingelt die Kette der Jäger die Herde. Schon sind die Pferde, die zunächst nur wie dunkle Flecke in der Steppe erschienen, ganz deutlich zu sehen. Sie haben große Köpfe, schlanke Beine, der Körper ist mit rauhem, langhaarigem Fell bedeckt.

Die Pferde werden unruhig. Sie haben den Feind gewittert und bereiten sich zur Flucht vor. Aber es ist zu spät. Die Speere fliegen durch die Luft wie ein Schwarm von Vögeln ohne Flügel, aber mit langem Schnabel.

Sie drängen den Pferden in die Flanken, in den Rücken, durchs Herz. Wohin fliehen? Auf drei Seiten sind sie von Feinden umzingelt. Aus der plötzlich entstandenen lebendigen Umzäunung gibt es nur einen Ausweg. Mit wildem Gewieher und Getrappel jagt die Herde auf dieses Tor zu, um sich vor den Jägern zu retten.

Gerade das wollten die Jäger. Sie treiben die Pferde in diese Richtung — immer weiter auf die Höhe hinauf. Irre geworden vor Angst, rennen die Pferde und sehen nichts mehr vor sich. Mit wehenden Schwänzen und schaumbedeckten Rücken rasen sie dahin wie ein lebendiger Strom. Dieser Strom fließt den Berg hinauf, und nun, plötzlich — der Abhang. Schon sind die vordersten am Rande. Sie bemerken die Gefahr. Schnaubend bäumen sie sich auf. Aber es gibt kein Halten: von hinten drängen die anderen nach, stoßen sie weiter. Der lebendige Strom stürzt von der Höhe herab wie ein Wasserfall, um in der Tiefe zu einem Haufen verblutender, toter Tiere zu werden.

Die Jagd ist beendet. Am Fuße des Felsen rauchen die Lagerfeuer. Die Alten verteilen die Beute. Sie gehört der ganzen Horde. Die tapfersten und geschicktesten Jäger erhalten die besten Stücke.

(Aus: „Wie der Mensch zum Riesen wurde“, Verlag „Volk und Welt“, Berlin.)

Für Herz und Gemüt

Zoologie in Berlin
Lehrer: „Kurtchen, was ist ein Lama?“
Schüler: „Det is ena, der nich jehn kann, Herrr Lehr!“

Beziehung
Auf dem Schulhof heult ein kleiner Knirps die Lehrerin fragend:
„Weshalb weinst du so fürchterlich?“
„Der Peter ist mit mir böse!“
„Das ist doch nicht schlimm, dann spielst du mit einem anderen Jungen.“
„Aber Peters Mutter hat doch einen Bonbonladen.“

Pech
„Mensch, da haste aber Glück gehabt, daß im Warenhaus gerade das Licht ausging, als du dort warst.“
„Ne, ich bin gerade in der Klavierabteilung gewesen.“

Mr. Brown aus Chicago telefoniert in Berlin. Er spricht mit Hamburg und muß 20 DM bezahlen. „So viel!“ murrte Mr. Brown. „In Chicago kann ich für 10 Cent mit dem Teufel telefonieren!“ „Ja, mein Herr“, meinte da der Beamte, „das ist auch ein Ortsgespräch!“

Professor Piper erreichte gerade noch die Straßenbahn. Alle Plätze waren besetzt. Da stand ein nettes, kleines Mädel auf und bot dem Professor seinen Platz an.
„Danke, mein Kind!“ lobte Professor Piper. „Wie heißt du denn?“
„Margot Piper, Papa!“ antwortete die Kleine.

Bürokratische Gebetstunde

Dampf hallen die Gongschläge durch die Straßen der Stadt und riefen die Bürokraten zur Abendandacht, fast überall schlossen daraufhin die Dienststellen weit vor der Zeit. Auf steifbeinigen Amtschneimern ritten von allen Seiten die Lebenserschwerer heran, stiegen am Vorplatz des tempelartigen Gebäudes ab, gaben die treuen, formularfressenden Tiere in die Obhut der Füllfederhalter und gingen paragrafenklarierend in die Gebetshalle. Sie benetzten ihre Finger mit der am Eingang rechts und links aufgestellten Weintinte, die in Fragebogenform getriebenen Schalen aufbewahrt wurde. Sie schlugen das Zeichen des Papierkrieges und warfen sich barhäuptig vor der Statue des Gottes Bürokrates nieder, die auf einem mit Formblätter in je zwanzigfacher Ausfertigung reich beladenen Altar stand. In dieser Lage verharrte die vielköpfige Menge schweigend, einen betäubenden Duft

von Aktenstaub und Kalk verbreitend. Endlich betrat der Oberlandesbruder die Kanzel, schlug einen dickklebrigen Band auf und sagte die bedeutsamen Worte:
„Seite 512, Absatz 16, Spalte F, Ziffer 80, Teil 9, Abschnitt A — wir singen das Lied „Stark sei der Glaube an die Unvergänglichkeit des Papiers“. Im Hintergrund setzte eine Büroorgel ein, schleppend wurden die zweiundfünfzig Strophen heruntergesungen, während draußen die vierbeinigen Gefährten überlaut äpfelten. Die Abendsonne warf milde Strahlen durch die schmucklosen Fenster und beleuchtete die auffallend großen Schilder an den Wänden, die die Aufschriften trugen: „Heute kein Publikumsverkehr“, „Geschlossen“, „Nachfrage zwecklos“, „Eintritt verboten“, „Anmeldung nur nach

Voranmeldung im Seitenflügel, Zimmer 4, Ausgabe der Besucherformulare bei der Zwischenanmeldung Haus D, Aufgang 7, zweites Obergeschoß, Zimmer 789“. „Sprechzeit nur montags und freitags.“

Allmählich verstummte der Gesang und die Begleitung und nach einem kurzen Rümpfen begann der Oberlandesbruder mit dünner, feierlicher Stimme: „Wir beten.“

Eine Bewegung des Fußfalten entstand unter den Anwesenden. „Allmächtiger Bürokrate! Wir bitten dich, gib uns die Kraft zu all unseren Taten, die wir als deine treuesten Diener in einem unerschütterlichen Glauben an dich ausführen. Lasse uns stark werden im Kampf gegen die Ungläubigen, die die verderblichen Methoden der Vereinfachung überall einführen wollen. Hilf uns diese rüddigen Ketzer zu besiegen, die uns arbeiten, statt bearbeiten lassen wollen, die das Publikum als gleichberechtigt ansehen und die die Schranken niederreißen, zwischen uns und den uns vieles tieferstehenden Ansehern. Gib uns fruchtbare Gedanken ein, daß wir die Form- und Verordnungsblätter, die Fragebogen und Bezugsausweise bedeutend vermehren und vergrößern, schaffe uns hundert neue Zwischeninstanzen, so daß die Laufzeit in jedem Falle mindestens einige Jahre beträgt. Wir geloben stets in deinem Namen zu handeln. Gebetsdienstempel: Gesehen, Oberlandesbruder; Befürwortet: Landesbruder; Genehmigt: Hauptaufsichtsdirektor.“

Kleid ohne Inhalt

Von Manfred Thomas

Als ich mit dem Mädchen, das neben mir hertritt, das Café betrat, waren alle Augen auf uns gerichtet. Richtig, auf das Mädchen. Auf das Kleid. Das Kleid, das es anhatte, bestand aus Streifen: hellblau, weinrot, dunkelblau, grauweiß, hellblau und

so fort. Die übrige Ausstattung: Stromlinienhut, Ring mit Chrysopras, Kreppsohlenschuhe.

Wir nahmen an einem der runden Marmortischen Platz. Das Kleid dominierte, ich spürte es. Obgleich das, was daraus hervorguckte — ein Puppengesichtchen mit zyklopischem Mund und nylonbestrichene Beine — nicht ohne Reiz war. Das Puppengesichtchen redete auf mich ein.

Ich sah, wie die im Lokal anwesenden Gäste das Kleid bewunderten, bestaunten, kritisierten, sezierten. Vielleicht auch das Mädchen, das hübsch war. Neiderfüllte Blicke neiderfüllter Männer durchlöcheren mich wie ein Sieb. Das Puppengesichtchen redete noch immer.

Es hörte nicht auf zu reden. Gäste, die nach uns das Café betreten hatten, machten sich, wie ich gewahrte, gegenseitig aufmerksam auf das Kleid. Auf das Mädchen. Das Puppengesichtchen redete.

Es redete noch, als ich mit ihm zusammen das Lokal verließ...

Tags darauf sagte Helmholtz, der mich an der Seite des Mädchens gesehen hatte, welcher ein Glückspilz ich sei. Alle Männer meinte er, hätten mich beneidet. Sich nicht ausgeschlossen. Und wie es um mich herum war, das Mädchen. Aus Helmholtz' Augen blickte der Neid, wie aus denen der anderen.

Die Armen! dachte ich. Gewiß, das Mädchen war, wie Helmholtz sich ausdrückte, um mich herum. Es hatte geredet. Aber kein Wort von alledem, was es sagte, habe ich behalten. Es hatte vom Wetter gesprochen, von dummen Dingen... Deshalb beneidet man mich. Statt mich zu bedauern. Wirklich, es war nur — ein Kleid. Ein Kleid ohne Inhalt.

DAS RUNDFUNK-PROGRAMM

191 kHz		DEUTSCHLANDSENDER		1571 m		
Donnerstag, 23. Februar:	Freitag, 24. Februar:	Samstag, 25. Februar:	Sonntag, 26. Februar:	Montag, 27. Februar:	Dienstag, 28. Februar:	Mittwoch, 1. März:
8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten	7.15 Sabbat-Feier	8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten
12.50 Für die arbeitende Jugend	12.50 Landfunk	9.00 Nachrichten	8.15 Evangelische Morgenfeier	11.00 Musik für die Hausfrau	11.00 Musik für die Hausfrau	11.00 Musik für die Hausfrau
13.00 Nachrichten	13.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten	9.00 Ein deutsches Städtebild	12.00 Aktuelles: Mikrofon einblend.	12.00 Aktuelles: Mikrofon einblend.	12.00 Aktuelles: Mikrofon einblend.
13.15 Musik zu Tisch	13.15 Musik zu Tisch	11.10 Musik für die Hausfrau	10.15 Musik und Dichtung	12.50 Funkecho der Wirtschaft	12.05 Musik zur Mittagspause	12.00 Nachrichten
14.15 Die deutsche Wirtschaft	14.15 Jugendfürsorge in Deutschl.	12.00 Der 'Deutschlandreporter'	11.15 Landfunk	13.00 Nachrichten	13.00 Nachrichten	13.00 Nachrichten
14.25 Kammermusik	14.25 Kinderfunk	12.10 Musik zur Mittagspause	12.00 Sonntagkommentar	13.15 Musik zu Tisch	13.15 Musik zu Tisch	13.15 Musik zu Tisch
15.00 Kinderfunk	15.00 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland	13.00 Nachrichten	12.20 Mittagskonzert in Deutschland	14.15 Probleme d. Volksgesundheit in Deutschland	14.15 Ueber den deutschen Außenhandel	15.00 Kinderfunk
15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland	15.25 Heitere Klänge z. Unterhaltg.	13.15 Musik zu Tisch	13.00 Nachrichten	15.00 Kinderfunk	14.25 Kammermusik mit Mozart	15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland
16.00 Deutsche Presseschau	16.00 Deutsche Presseschau	14.00 Aus dem deutsch. Kulturleben	13.15 Aus der Sowjetunion	15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland	15.00 Kinderfunk	15.25 Volksmusik
17.00 Nachrichten aus all. Ländern	16.30 Paula Matuschke, Reinecke-Musik im Weißen Haus d. westdeutschen Hauptkinderstadt Bonn erzählt	14.15 „Fiege! Jahre“, Konzert	13.25 Bunte Melodien	16.00 Deutsche Presseschau	16.00 Deutsche Presseschau	16.00 Deutsche Presseschau
17.10 Westdeutscher Frauenfunk	17.00 Nachrichten aus all. Ländern	15.00 Kinderfunk	14.20 Schöne Stimmen	16.30 Nachrichten aus all. Ländern	16.30 Frau Werlicke aus Berlin	17.00 Nachrichten aus all. Ländern
17.25 Landfunk	17.10 Die literarische Umschau	15.20 Musik für die Jugend	15.00 Die Sonntagsglocke	17.00 Studentisches Forum	17.00 Studentisches Forum	17.10 Studentisches Forum
17.35 Hörer sagen — Hörer fragen	17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage	15.40 Achtung! Deutschlandsender bitte melden	15.20 Aus deutschen Zeitschriften	17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage	17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage	17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage
17.50 Deutsche Außenpolitik	17.35 Sendung für Flüchtlinge	16.00 Teekonzert	15.40 Moderne Unterhaltungsmusik	17.50 Unterhaltungsmusik	17.50 Unterhaltungsmusik	17.50 Unterhaltungsmusik
18.00 Lieder und Tänze aus der Sowjetunion	17.50 Nachrichten aus all. Ländern	16.30 Haben Sie auch die Wochenschau gesehen?	16.30 Zu Tee und Tanz	18.00 Deutsche Presseschau	18.00 Deutsche Presseschau	18.00 Deutsche Presseschau
18.30 Kulturfragen der Zeit	18.00 Scherz und Satire	17.00 Nachrichten aus all. Ländern	17.30 Vom Aufbau einer Woche in Deutschland	18.30 Kulturfragen der Zeit	18.30 Kulturfragen der Zeit	18.30 Kulturfragen der Zeit
18.40 Aus Deutschland rechts d. Elbe	17.50 Für den Opernfreund	17.10 Scherz und Satire	17.55 Bunter Nachmittags	18.40 Aus Deutschl. rechts d. Elbe	18.40 Aus Deutschl. rechts d. Elbe	18.40 Aus Deutschl. rechts d. Elbe
19.03 Nachr. u. Tageskommentar	18.20 Sologuartett d. Berl. Rundf.	17.30 Für den Opernfreund	18.00 Nachrichten	19.03 Nachr. u. Tageskommentar	19.03 Nachr. u. Tageskommentar	19.03 Nachr. u. Tageskommentar
19.20 Meisterwerkabend	18.30 Ein Sechstel der Erde	18.00 Sologuartett d. Berl. Rundf.	18.20 Nachrichten	19.20 Meisterwerkabend	19.20 Meisterwerkabend	19.20 Meisterwerkabend
20.25 Soeben erschienen	19.03 Nachr. u. Tageskommentar	18.30 Nachrichten	18.30 Sinfonisches Konzert	20.25 Soeben erschienen	20.25 Soeben erschienen	20.25 Soeben erschienen
21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	19.20 „Boccaccio“, v. Suppé	19.03 Nachr. u. Tageskommentar	19.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.
21.35 Für die Jugend	21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	19.20 „Boccaccio“, v. Suppé	21.35 Sportecho des Sonntags	21.35 Für die Jugend	21.35 Für die Jugend	21.35 Für die Jugend
22.00 Nachr. u. Tageskommentar	21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	21.00 Nachrichten	22.00 Nachr. u. Tageskommentar	22.00 Nachr. u. Tageskommentar	22.00 Nachr. u. Tageskommentar
22.20 Alte und neue Arbeiterlieder	21.35 Aus der Sowjetunion	21.35 10 Minuten Musik	21.10 Sonntagkommentar	22.20 Alte und neue Arbeiterlieder	22.20 Alte und neue Arbeiterlieder	22.20 Alte und neue Arbeiterlieder
22.45 Für den Arbeiterfunktionär	22.00 Nachr. u. Tageskommentar	21.45 Sportecho	21.20 Weltfunk	22.45 Für den Arbeiterfunktionär	22.45 Für den Arbeiterfunktionär	22.45 Für den Arbeiterfunktionär
		22.00 Hörerwünsche	22.30 Musik zum Tagesausklang			
			23.00 Lyrik der Gegenwart			

785 kHz		RADIO LEIPZIG		382,2 m	
7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten
8.15 Schulfunk, Entstehung des Lebens auf der Erde	8.15 Schulfunk	8.15 Schulfunk	8.15 Schulfunk	8.15 Schulfunk	8.15 Schulfunk
9.00 Nachrichten	9.00 Nachrichten	9.00 Nachrichten	9.00 Nachrichten	9.00 Nachrichten	9.00 Nachrichten
9.30 Kunterbunt am Vormittag	9.30 Kunterbunt am Vormittag	9.30 Gütliche Sabbatfeier	9.30 Lyrik unserer Zeit	9.30 Kunterbunt am Vormittag	9.30 Kunterbunt am Vormittag
11.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten	9.50 Musik zum Sonntagvormittag	11.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten
11.30 Musik	11.30 Musik	12.25 Musik zum Mittag	11.00 Nachrichten	11.30 Musik	11.30 Musik
12.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten	13.00 Chormusik	11.10 Zeitungsschau	12.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten
12.15 Landfunk	12.25 Volkstüm. Musik zum Mittag	13.00 Chormusik	11.20 Musik	12.15 Landfunk	12.15 Landfunk
12.25 Musik zum Mittag	13.00 Musik nach Tisch	13.15 Schöne Melodien	12.00 Nachrichten	12.25 Musik zum Mittag	12.25 Musik zum Mittag
12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft	13.50 Kammermusik	14.00 Der Querschnitt	12.15 Landfunk	12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft	12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft
13.30 Musik nach Tisch	15.00 Kammermusik	14.20 Über Gas, Buch, „Kommunistische Erziehung“	12.25 Musik zum Mittag	13.30 Musik nach Tisch	13.30 Musik nach Tisch
15.00 Kammermusik	15.20 Junge Funkgruppe	15.00 Sonntagskinder	13.00 Schulfunk	15.00 Kammermusik	15.00 Kammermusik
15.30 Kinderfunk	15.30 Nachmittagskonzert	16.00 Wir tanzen	13.30 Schulfunk	15.30 Kinderfunk	15.30 Kinderfunk
16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	17.40 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen	13.50 Kammermusik	16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen
19.30 Nachrichten, Kommentar	16.40 Die Wahrheit über Amerika	18.40 Die Wahrheit über Amerika	14.00 Die Wahrheit über Amerika	19.30 Nachrichten, Kommentar	19.30 Nachrichten, Kommentar
20.30 Sowjetische Künstler musizieren	19.30 Nachrichten, Kommentar	19.30 Nachrichten	14.20 „Thomas Münzer“, Hörbilder um den großen deutschen Patrioten aus der Zeit des Bauernkrieges	20.30 Sowjetische Künstler musizieren	20.30 Sowjetische Künstler musizieren
22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	20.00 „Wegen Renovierung geschlossen“, Fast eine Operette	20.00 Für Alt und Jung der richtige Schwung	21.25 „Thomas Münzer“, Hörbilder um den großen deutschen Patrioten aus der Zeit des Bauernkrieges	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland
22.45 Heitere Melodien aus der Sowjetunion	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	21.35 „Memoiren, Memoiren“, satirisches Funkbrettel	21.45 Sport	22.45 Heitere Melodien aus der Sowjetunion	22.45 Heitere Melodien aus der Sowjetunion
	22.45 „Wir bauen unser Leben“	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland		
	23.15 Musik von Handel				

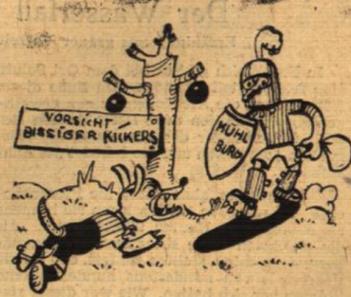
827,4 kHz		SÜDWESTFUNK		362,6 m	
12.20 Mittagskonzert	12.20 Mittagskonzert	12.20 Mittagskonzert	12.20 Mittagskonzert	12.20 Mittagskonzert	12.20 Mittagskonzert
13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch
13.15 Nachmittagskonzert	13.30 Klaviermusik	13.30 Frohes Wochenende	13.30 Musik nach Tisch	13.15 Nachmittagskonzert	13.15 Nachmittagskonzert
17.15 Musik zur Unterhaltung	17.15 Ihre Lieblingschlagler	16.00 Unser Samstag-Nachmittag	13.50 Musik am Nachmittag	17.15 Musik zur Unterhaltung	17.15 Musik zur Unterhaltung
20.00 Ein Tanzabend im SWF	20.00 Johann Sebastian Bach	20.50 Klingsende Rhythmen	19.20 Musik für Dich	20.00 Ein Tanzabend im SWF	20.00 Ein Tanzabend im SWF
22.30 Werke von Robert Schumann	20.20 Beethoven-Musik	22.30 Der SWF bittet zum Tanz	21.00 Der Balzazo	22.30 Werke von Robert Schumann	22.30 Werke von Robert Schumann
			22.30 Johann Sebastian Bach		



Gut erholt

Liebe Tipfreunde!

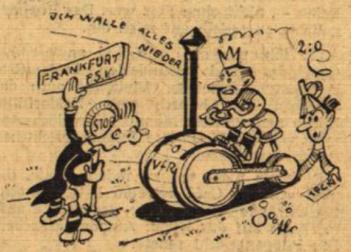
Der Faschnachtsontag hat wieder gutgemacht, was die enttäuschten Erstrangigen vom Vorsonntag vergeblich erhofft hatten. Wer einen Faschnachtstip riskiert hatte, der konnte ein nettes Stimmchen einstreichen. Die Fürther sind jetzt auch unter die Totoschrecks gegangen, nachdem sie bisher ihre Kundschaft immer reell bedient und ihnen kein X für ein U gemacht hatten. Das ständige Gewinnen wird ja auf die Dauer auch langweilig und der kommende Meister hatte sich wenigstens den Faschnachtsontag für seinen tollen Scherz ausgesucht, was ihm mildernde Umstände sichert. Die närrische Zeit ist nun aber vorbei und am kommenden Sonntag werden es die Waldhof-Buben mit einem „Wilden Kaiser“ zu tun bekommen, der sich auf seiner einsamen Bergeshöhe noch ganz sicher fühlt und nicht untätig zusehen wird, wenn der wieder zur Höhe emporkrabbelnde Waldhof-Knabe ihm sein Edelweiß abplücken will. Doch, wenn der wackere Bergsteiger die nötige Sicherung nicht vergißt und energisch zuzupacken versteht, sollte seine Tour auf den „Wilden Kaiser“ wohl erfolgreich werden.



Das Münchener Kind hat in Mannheim und Stuttgart keine Eroberungen machen können und seinen Reisekoffer wieder beiseite gestellt. „Bleibe im Lande und nähre dich redlich“ lautet also die Parole und da der Gast am kommenden Sonntag bei den Münchener „Bayern“ auch kein Ausländer aus Mannheim oder Stuttgart ist, sondern ein bayrischer Ballspiel-Kavalier aus Augsburg, so wird er dem Münchener Kind schon die beiden Bällchen überlassen. In Augsburg gibt es bekanntlich nicht nur Bayern, sondern auch bayrische „Schwabens“, den Toto-Profis hinreichend unbequem als Toto-Schreck. Sie verstehen sich gut auf die Bearbeitung von Offenbacher Leder und werden sich diesmal gleich zwei Kappen daraus schneiden. Alles blickt nach Schweinfurt in der Hoffnung, daß sich auch diesmal wieder ein sicherer Tip überkugelt. Fragt sich nur, welches der sichere Tip ist: Stuttgarts Sieg oder Schweinfurts Sieg? Dem ahnungslosen Fachmann möchte beides richtig erscheinen und er entscheidet sich daher für die Null. Bornheim hat seinen großen Tag, denn der deutsche Meister kommt. „Ich walze alles nieder“, so lautet seine Parole. Seit Jahr und Tag war „Mannem vorne.“ Es sieht auch diesmal so aus, denn die Mannheimer Rasenden haben in ihrer Walze stärkeren Mauerbrecher, der Nürnberger Burgen bricht und auch Frankfurter Beton.



Der Nürnberger Trichter scheint immer noch verstopft zu sein und es ist daher fraglich, ob die Leute vom Zabo den Münchener Löwen soviel Milch der frommen Denkart eintrichtern können, daß sie ihre Raubtiergelüste aufgeben. Einen Knochen werden sie sich wohl wieder zurückholen. In den letzten zwei Monaten ist kein Gast mehr sicher über den Regensburger Strudel gekommen. Die Frankfurter Eintracht hat sich zwar auswärts immer als guter Schwimmer bewährt, aber diesmal wird sie doch in Regensburg untergehen. Wie der Argus den Apfelbaum der Hesperiden, so bewacht ein scharfer Wächter in Stuttgart den Baum, an dem die so heißbegehrten goldenen Punkte hängen. Der Wächter ist besonders bissig, da er seit längerer Zeit unter Hunger nach Punkten leidet. Daß er gehörig beißen kann, wenn es darauf ankommt, hat er ja auch bewiesen und wenn der Punkte-dieb aus Mühlburg sich noch so vorsichtig heranschleicht, außer den bekannten Stuttgarter Hundebissen wird es wohl nichts heimbringen.



Die Preußen aus Köln bei Dellbrück werden mit den Knappen aus Schalken kurzen Prozeß machen. In Hamburg liegt was in der Alsterflut. Der Ha-Ess-Vau müßte die Lokalkonkurrenz auf dem Papier in Grund und Boden büßeln, aber Eimsbüttel hat dem Meister schon beim letzten Male die Zähne gezeigt und man braucht sich gar nicht zu wundern, wenn es auch diesmal so käme. „Jetzt oder nie“ hat das Freiburger Bobbele die letzte Chance, um dem Thronprätendenten aus Reutlingen seine Verdrängungskomplexe noch auszutreiben. Es dürfte wohl gelingen. Brötzingen hat mit Durlach eine alte Rechnung zu begleichen. Es wird stimmen, auf Heller und Pfennig. Bei den Reservetips könnten Nullen am Platze sein.

UMSCHAU IM LANDE

Jugendlicher Gangster im Faschingsgewand
Karlsruhe. In den späten Abendstunden überfielen sechs als Cowboy verkleidete Jugendliche in der Leopoldstraße einen 14-jährigen Schüler und entrißen ihm seinen Geldbeutel mit 6 DM Inhalt und einen Hirschfänger, den er glücklicherweise nicht zur Anwendung gebracht hatte.

Ein folgenschweres Faschingsende
Karlsruhe. Auf der Heimfahrt von einem Faschingsvergnügen geriet ein Personenkraftwagen auf der Pulverhausstraße nach dem Befahren einer scharfen Straßenkrümmung aus der Fahrbahn und stieß dabei an einen Abweiser und das dortige Schutzgelenk. Da hierbei die Türe losgerissen wurde, stürzten der Fahrer und eine Begleiterin auf die Fahrbahn, wobei diese von dem führerlos gewordenen Fahrzeug mitgeschleift wurde, bis es zum Halten kam. Vier Insassen des Kraftwagens wurden verletzt. Zwei davon mußten mit Armbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Mifächten der Verkehrspolizei zeitigt Folgen
Karlsruhe. Eine Fußgängerin, die den Zeichen eines Verkehrspostens keine Beachtung geschenkt hatte, wurde beim Überqueren der Kaiserstraße von einem Radfahrer angefahren. Sie zog sich beim Sturz eine Gehirnerschütterung zu, wegen der sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Gewehre sind militaristische Spielzeuge
Karlsruhe. In einer zur Zeit aufgestelltem Schießbude schoß ein als Aufsichtsperson tätiger Hilfsarbeiter einem jungen Mann aus Unachtsamkeit mit einem Luftgewehr ins rechte Auge, so daß dieses im Krankenhaus operativ entfernt werden mußte.

Die „schwarze Hand“ ist wieder da
Karlsruhe. Zwei Erpresser hatten in einem Brief an einen Bewohner der Bahnhofstraße gefordert, daß er einen größeren Geldbetrag an einer bestimmten Stelle niederlege, andernfalls müsse jemand aus seiner Familie sterben. Die rechtzeitig benachrichtigte Polizei konnte die Erpresser beim Abholen des Geldbrieves festnehmen.

Glückwünsche der Stadt Karlsruhe an ihren 200 000. Bewohner
Karlsruhe. Anlässlich der Geburt von Karl-Heinz Rink, dem 200 000sten Einwohner unserer Stadt, am 15. 2. 1950 wurde den Eltern Karl Rink, Karlsruhe-Knielingen, Rheinbrückenstraße 14, ein Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters überreicht. Dem jungen Erdenbürger wurde außerdem ein Sparkonto bei der Stadt Sparkasse mit einer Einlage von 50 DM eröffnet.

„Ein Schiff auf hoher See“ wartet auf seinen Herrn
Heidelberg. (Iwb) In die „unterirdische Anstalt“ am Universitätsplatz in Heidelberg kam kürzlich in erheblicher Eile ein Mann um einer sehr menschlichen Regung zu entsprechen. Da er aber über das für einen Besuch der Anstalt notwendige Kleingeld nicht verfügte, übergab er der Wärterin als Pfand einen großen, prächtig gerahmten Oeldruck.

Westdeutsche Kolonial-Bilanz

Karlsruhe. Während der zwölf Monate des Jahres 1949 wurden bei den Arbeitsämtern in Nordbaden insgesamt 351 Massenentlassungen angezeigt. 7541 Arbeiter und 9103 Arbeiterinnen, sowie 834 Angestellte flogen auf die Straße.

Diese Gesamtzahl von 17 478 Arbeitnehmern stellen rund 30 Prozent aller zur Entlassung gekommenen Personen dar. Die katastrophale Auswirkung der Wirtschaftspolitik der Bonner Regierungskoalition zeigt sich besonders bei dem Anteil der totalen Betriebsstillegungen im Zuge der Massenentlassungen mit 38 Prozent, durch die über 9000 Arbeitnehmer die Aussicht verloren, demnächst wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren.

Wie wenig die gesetzlichen Bestimmungen von Unternehmensseite beachtet wurden, zeigt die Tatsache, daß die eingehaltenen Sperrfristen im Durchschnitt 19,7 Tage betragen, also nur wenig mehr als die allgemeine Kündigungsfrist, anstatt der gesetzlich verankerten vier Wochen. Die Unternehmer verstanden es immer wieder, durch vorherige Kürzung der Arbeitszeit die Sperrfrist zu umgehen. Ein Gutachten des Oberregierungsrat Stumm aus Heidelberg, das am 20. Februar 1950 im „Betriebs-Gutachten“ veröffentlicht wurde, kam denn auch zu dem vielsagenden Schluß, daß insbesondere bei totaler Betriebsstillegung die vom

der ein Schiff auf hoher See bei stürmischem Wetter zeigt. Der Herr hat sich seit dieser Zeit nicht wieder sehen lassen. Die Wärterin hat das Bild zur Kriminalpolizei gebracht, wo es noch heute auf seinen entweder zerstreuten, oder zu eiligen Herrn wartet.

Er bestreitet immer noch
Karlsruhe. (Iwb) Im Karlsruher Raubmordprozeß gegen den 50-jährigen Ungarn Jano Jankowicz sagte ein Elsenser Fuhrunternehmer aus, der Angeklagte sei am Mordtag gegen 12.30 Uhr mit Irene Breier bei ihm in der Wohnung gewesen, um über einen Autokauf zu verhandeln. Jankowicz behauptete dagegen, er habe den Fuhrunternehmer gegen neun Uhr aufgesucht und sich bereits um elf Uhr von Irene Breier getrennt.

Zu der Anklage des Raubes an der Ungarin Maria Hermann sagte diese als Zeuge aus, Jankowicz habe ihr nach einer gemeinsamen Schwarzhandelsfahrt unter der Drohung „ich bin zu allem fähig, ich könnte auch einen Menschen umbringen“ den Erlös von 800 DM gewaltsam abgenommen. Dagegen behauptete der Angeklagte, das Geld sei ihm freiwillig ausgehändigt worden.

Gewerkschaft nimmt Stellung zur Sondersteuer

Karlsruhe. Die nachfolgenden Gewerkschaften haben in einer gemeinsamen Sitzung zu der vom Bundesfinanzminister in Aussicht genommenen Sonderabgabe der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitnehmer Stellung genommen.

Sie protestierten mit aller Entschiedenheit dagegen, daß für einen großen Teil der Bundesbeamten immer noch die öprezentige Brüningsche Notverordnungskürzungen aufrecht erhalten werden. Das gilt besonders für die bei der Post und Eisenbahn beschäftigten Beamten. Sie verlangen daher die Aufhebung der Brüningschen Notverordnung vom gleichen Zeitpunkt an, wie für die übrigen öffentlichen Verwaltungen und Betriebe.

Die von dem Bundesfinanzminister vorgeschlagene Sonderabgabe für Angehörige der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe wird abgelehnt, da sie eine Sonderbelastung des verlorenen Krieges und dessen Folgen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes bedeuten würde.

Die Versorgung der vertriebenen Beamten ist eine Angelegenheit des Staates. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß dem Bundesfinanzminister noch andere Steuerquellen zur Verfügung stehen, wenn er dafür sorgt, daß die Steuern überall so eingetrieben werden, wie das bei den Lohn- und Gehaltsempfängern schon immer der Fall ist.

Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
Ortsverwaltung Karlsruhe
Deutsche Post-Gewerkschaft
Ortsverwaltung Karlsruhe
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr,
Ortsverwaltung Karlsruhe.

Jeder siebente arbeitslos

Tauberbischofsheim. (Iwb) Im Bereich des Arbeitsamtes Tauberbischofsheim war am 15. Februar jeder siebente arbeitsfähige Einwohner ohne Beschäftigung. Insgesamt waren 4500 Arbeitslose registriert. 650 Jugendliche waren ohne Lehrstellen.

Jugendliche ohne Lehrstellen
Tauberbischofsheim. (Iwb) Hundert Jugendliche des Kreises Tauberbischofsheim, die noch keine Lehrstellen erhalten konnten, sollen vorläufig in ausgesuchten Bauernhöfen beschäftigt werden. Den Jugendlichen wird zugesichert, daß sie Anwärter auf Lehrstellen bleiben und jederzeit in einen anderen Beruf überwechseln können.

Insgesamt sind im Kreis Tauberbischofsheim noch 460 Schulentlassene ohne Lehrstellen.

Private Pfandleihanstalten eröffnet
Karlsruhe. (Iwb) Am Rosenmontag wurde in Karlsruhe eine private Pfandleihanstalt eröffnet. Die städtische Pfandleihanstalt war im Jahre 1940 geschlossen worden.

Nachruf
Mannheim. Unser Genosse Ferdinand Jettinger ist in seinem 78. Lebensjahr durch einen Unglücksfall jäh aus dem Leben geschieden.

Mit ihm verliert die Kommunistische Partei einen treuen Genossen, der schon seit frühesten Jugend in der Arbeiterbewegung stand. Sein Weg führte von der SPD und USP zur Kommunistischen Partei. Trotz seinem hohen Alter nahm er noch lebhaften Anteil an politischen Leben der Partei.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Feuerbestattung findet am Donnerstag, 23. Februar 1950, 13 Uhr, auf dem Mannheimer Hauptfriedhof statt.

Aus dem Parteileben

Ortsgruppen! Rechtzeitig Werbestellungen bestellen!

Am Sonntag, den 26. Februar, findet in ganz Nordbaden ein

Werbessonntag

für das „Volksecho“ statt.

Genosse! Genossin! Die Werbung für Deine Zeitung ist Deine wichtigste Parteiarbeit, denn mit ihr trägst Du unser Wollen und unser Gedankengut weit über die Parteikreise hinaus. Leiste auch Du Deinen Anteil bei dieser Werbung!

Versammlungen der KPD Kreis Mannheim
Spiegelfabrik. Donnerstag, 23. 2. 16.30 Uhr
Luzenbergschule Mitgliederversammlung. Ref. Eimuth.

Weinheim. Freitag, 24. Februar, 19.30 Uhr
im alten Rathaus Mitgliederversammlung. Ref.: W. Bechtel vom Landesvorstand Stuttgart.

Neckarstadt-Ost. Freitag, 24. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Arion“ Mitgliederversammlung. Ref.: Stark.

Wohngebiet Jungbusch. Freitag, 24. Febr., 19.30 Uhr, im Lokal „Rüger“ Funktionärsitzung.

Waldhof. Freitag, 24. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Rheintal“ Mitgliederversammlung. Ref.: Locherer.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Betriebsgruppen Gritzer-Sebold. Freitag, den 24. Februar, 16.30 Uhr, in Durlach im „Tannhäuser“ Mitgliederversammlung. Ref. L. Hofmann.

Mitglieder-Vollversammlung. Sämtliche Stadtteile und Betriebsgruppen in Karlsruhe am Samstag, den 25. Februar, 19 Uhr, im „Elefant“.

Referent: Landesvorsitzender R. Leibbrand. Thema: Die Erfahrungen der Partei-Diskussion zur Resolution des Parteivorstands.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg
Schönau. Am Donnerstag, den 23. 2. 1950 um 20 Uhr, im „Löwen“ Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser.

Ziegelhausen. Am Samstag, 25. Februar 1950, um 20 Uhr, im „Hirsch“ Mitgliederversammlung. Referent: W. Kollmann.

Heidelberg-Alstadt. Am Samstag, 25. Februar 1950, um 20 Uhr, im „Reichsapfel“ Mitgliederversammlung. Referent: S. Berlinghof.

Eberbach. Am Samstag, 25. Februar 1950, um 20 Uhr, in der „Rose“ Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser. Thema: Die Resolution der 14. Tagung des PV.

Amtsbezirk Sinsheim

Öffentliche Versammlungen
Eppingen. Am Samstag, 25. Februar 1950, um 20 Uhr, im Rathausaall. Referent: W. Bechtel.

Walldorf. Am Samstag, 25. Februar 1950, um 20 Uhr. Referent: Stadtrat H. Gärtner, Heidelberg.

Bad Rappenau. Am Samstag, 25. Februar 1950, um 20 Uhr. Referent: E. Mann. Thema aller öffentlichen Versammlungen: Was brachte uns die Bonner „Regierung“?

Veranstaltungen der KPD Pforzheim

Funktionärsitzung. Am Donnerstag, den 23. 2. 1950 um 19.00 Uhr im Parteibüro.

Nordstadt. Am Freitag, den 24. Februar 1950, um 20 Uhr im Parteibüro Mitgliederversammlung. Ref.: A. Bachmann. Thema: „Die ideologisch-politische Festigung der Partei“.

Öffentliche Versammlung

Politik im Musterland: Korruptionssumpf — Entnazifizierungsschwindel — Massen-Arbeitslosigkeit. Darüber spricht am Freitag, den 24. Februar 1950, 20 Uhr in Heidelberg, im „Westhof“: Albert Buchmann, MdL. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen.

Protestversammlung

am Donnerstag, 23. Februar 1950, 19.30 Uhr in Karlsruhe, im Studentenhaus, Parkring 7

Die Korruptionsskandale in Stuttgart und Karlsruhe zeigen, wie faul der Regierungs- und Verwaltungsapparat in Württemberg-Baden ist. Alle politischen Parteien, mit Ausnahme der KPD, sind durch ihre führenden „Köpfe“ in den Sumpf hineingezogen worden.

Es spricht zum Entnazifizierungsskandal May-Meyer-Ströle usw.

Stadtrat W. Bechtel, Stuttgart!

Es spricht zum Amend-Skandal: Stadtrat F. Dietz, Karlsruhe

Erscheint in Massen!

NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplan vom 26. Februar bis 6. März 1950

So., 26. Febr. 8. Morgenveranstaltung: Zum 1. Male: „Riccio“, Oper in einem Aufzuge von Erich Riede, nach der Dichtung von Martha Wertheimer. Vorher: Uraufführung: Konzert für zwei Orchester von Curt Gebhard. Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12.30 Uhr.

So., 26. Febr. abends außer Miete

Mo., 27. Febr. Geschlossene Vorstellung f. d. Theatergem.: „Die Räuber“, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Anf. 19, Ende etwa 22.30 Uhr.

Di., 28. Febr. nachmittags

„Rigoletto“, Oper von Giuseppe Verdi. Anfang 14, Ende etwa 16.30 Uhr.

Di., 28. Febr. abends

Miete B Nr. 10 u. freier Verk.: „Fanny“, Komödie von Marcel Pagnol. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Mi., 1. März außer Miete

Einmaliges schweizerisch-deutsches Gastspiel der Neuen Bühne Zürich: Fritz Kortner und Maria Wimmer mit Ensemble in „Der Vater“, Schauspiel von August Strindberg. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Do., 2. März Miete M Nr. 9

„Hoffmanns Erzählungen“, Phantast. Oper von Jacques Offenbach. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Fr., 3. März Miete O Nr. 9 u. freier Verk.

„Die Räuber“, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Anf. 19, Ende etwa 22.30 Uhr.

Sa., 4. März Miete K Nr. 10 u. freier Verk.

„Rigoletto“, Oper von Giuseppe Verdi. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

So., 5. März Eintrittspreise 0.50—3 DM

9. Morgenveranstaltung: Tanz-Matinee. Tänze nach Musik von Gluck, Weber, Strawinsky und Dvorak. Tanzgruppe und Orchester des Nationaltheaters. Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12.15 Uhr.

So., 5. März abends außer Miete

Mo., 6. März Miete G Nr. 10 u. freier Verk.

„Die Walküre“, Erster Tag aus „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner. Anfang 18, Ende etwa 22.30 Uhr.

Mo., 6. März Miete G Nr. 10 u. freier Verk.

„Geisterkomödie“, von Noel Coward. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Mi., 1. März Gastspiele:

Gastspiel in Käferthal „Olymp-Lichtspiele“: „Die Fledermaus“, Operette von Joh Strauß. Anfang 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.

Fr., 3. März Gastspiel in Seckenheim „Vereinshaus“: „Die Fledermaus“, Operette von Joh Strauß. Anfang 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.

Die für das einmalige Gastspiel Fritz Kortner und Maria Wimmer in August Strindbergs „Der Vater“ vorbestellten Karten müssen bis spätestens Dienstag, den 28. Februar, 13 Uhr, an der Theaterkasse abgeholt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeholte Karten werden in den Verkauf gestellt.

Adler-Lichtspiele, Achem-Oberachern
Von Freitag, den 24. 2. bis Mittwoch, den 1. 3. 50
„Lord Nelsons letzte Liebe“
(Lady Hamilton)
Glanz und Elend eines Frauenlebens. Mit Vivien Leigh und Laurence Olivier. — Samstag keine Vorstellung, Sonntag 20 Uhr nummerierte Plätze.
Achtung! Dienstag und Mittwoch jeweils 15 Uhr Große Märchenvorstellung!
„Rotkäppchen“
Jugendliche bis 14 Jahre halbe Preise.

Großes Schuhlager aufgekauft

Viele erstklassige Markenfabrikate wie: Dorndorf, Mercedes, Rieker, Hänsel und Gretel usw. — Einmalige Gelegenheit, solange Vorrat reicht.

Kommunionsschuhe, Ledersohle	2.50	Herrenschuhe, Größe 41—46	19.80
Baby-Lederschuhe	1.90	Damenschuhe, teils Luxusausführ., in allen Größen, beste Qualität in versch. Farben, niedriger bis hoher Absatz	16.80
Kinder-Lederschuhe	2.90	Hauschuhe, alle Größen in allen Ausführungen	1.50
Größe 18—20	2.90	Einzelne Schuhe Hausschuh Stück	0.10
Größe 21—23	3.90	Lederschuh Stück 0.50	
Größe 24—25	4.90		
Knaben- u. Mädchenlederschuhe	7.80		
Größe 26—30	7.80		
Größe 31—35	9.80		
randgenäht zusätzlich	2.—		
Größe 36—40	13.80		

Das billige Warenhaus, Karlsruhe, Adlerstr. 33 zw. Kaiserstr. u. Markthalle Täglich geöffnet von 8—19 Uhr, auch mittwochs